

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 1.10 Mark monatlich...

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die erste Zeile...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 31. März 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Heflige Kämpfe bei Euprow und am Uzfoter Paß.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Neue schwere Kämpfe in den Karpathen.

Wien, 30. März. (B. Z. B.) Die Kriegsberichterstaten der Blätter melden: Die Kampfpaufe zu beiden Seiten der Duffasentung dauerte nur 24 Stunden; die Russen haben neue Reserven eingeseht und die Kämpfe im Endava- und Laborezatal sind wieder im vollen Gange.

Zu den Bombenwürfen auf Warschau.

Warschau, den 30. März. (Z. N.) Wie der 'Ezad' aus Warschau gemeldet erhalt, hat der dortige Stadtkommandant, General Turbin, infolge der sich häufenden Besuche deutscher Flieger und Zeppeline über der Stadt folgende Rundmachung erlassen:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 30. März. (B. Z. B.) (Amtlicher Bericht von gestern abend.) Der Feind beschloß die Stadt Rheuport und das Bad Rheuport und verursachte an der über die Her geschlagenen Brücke Beschädigungen ohne große Bedeutung.

'Temps' gegen die Spionensucht.

Paris, 30. März. (B. Z. B.) Der 'Temps' erklärt, die Zeppelinflüge über Paris hätten in Paris wieder die Spionensucht ausgelöst. Man könne überzeugt sein, daß die französische Polizei das Notwendige getan habe, um den Spionen ihr Handwerk zu legen.

Neue englische Offiziersverluste.

London, 30. März. (B. Z. B.) Die gestern veröffentlichte britische Verlustliste enthält die Namen von acht- undsechzig Offizieren.

Der Mangel an Aerzten in England

wird in einem Leitartikel des 'Scotsman' vom 30. März besprochen. Schon 1/3 sämtlicher Mediziner Englands dient in der Armee, also 7000 von 37000 Aerzten.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 30. März 1915. (B. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Es fanden nur Artillerie- und Sappenkämpfe statt.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Bei den Kämpfen um Tauruggen, die zur Besiznahme des Ortes führten, hat sich nach Meldung des dort anwesenden Prinzen Joachim von Preußen der ostpreußische Landsturm glänzend geschlagen und 1000 Gefangene gemacht.

Bei Krasnopol erlitten die Russen sehr schwere Verluste (etwa 2000 Tote). Unsere Beute aus den dortigen Kämpfen belief sich bis gestern abend auf 3000 Gefangene, 7 Maschinengewehre, ein Geschütz und mehrere Munitionswagen.

In der Szkwa bei Klimki wurden bei einem mißglückten russischen Angriff 2 russische Offiziere und 600 Mann gefangen genommen.

In Gegend Osjany (linkes Omulew-Ufer) wurden zwei russische Nachtangriffe abgeschlagen.

Uebergangversuche der Russen über die untere Bzura wurden abgewiesen.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 30. März. (B. Z. B.) Amtlich wird veröffentlicht: 30. März 1915:

An der Karpathenfront entwickelten sich gestern im Raume südlich und östlich Euprow wieder heftigere Kämpfe. Starke russische Kräfte gingen erneut zum Angriff vor. Bis in die Nachtstunden dauerte der Kampf an.

An Südost-Galizien, am Dunajec und in Russisch-Polen ist die Situation unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Hoefler, Feldmarschalleutnant.

Weitere 10000 Mann australische Truppen.

London, 30. März. (B. Z. B.) Das Angebot der australischen Regierung, weitere zehntausend Mann Truppen zu schicken, das von der Reichsregierung angenommen ist, bringt die Stärke der australischen Truppen auf sechzigtausend Mann.

Der türkische Krieg.

Ein russischer Vorstoß gegen den Bosphorus.

Konstantinopel, 29. März. (B. Z. B.) Die russische Flotte hat, wie die Agence Reilly mitteilt, gestern einen Vorstoß in der Richtung auf den Bosphorus unternommen. Der russische Admiral Eberhardt hat bei dieser Gelegenheit die Flotte zu ihrer Aktion beglückwünscht und sie als einen Erfolg hingestellt, der es verdiene, eine der glänzendsten Waffentaten in der Geschichte der Flotte genannt zu werden.

Die Großbanken im Kriegsjahre.

Die Abchlüsse der Großbanken Deutschlands erfordern in normalen Jahren ein hervorragendes Interesse, weil in ihnen sich ein großer Teil des wirtschaftlichen Lebens widerspiegelt. Wir sind bereits soweit, daß acht Berliner Großbanken, zu denen dann noch vier Provinzialbanken treten, die bisher ihre Selbstständigkeit bewahrt haben, das Kreditwesen Deutschlands beherrschen.

Die Kapitalkraft der führenden Institute stellt sich jetzt folgendermaßen dar:

Table with 2 columns: Bank Name, Aktienkapital Millionen Mark. Includes Disconto-Gesellschaft, Deutsche Bank, Dresdner Bank, etc.

Bei Beurteilung der Geschäftsabchlüsse kommt in Betracht, daß die Monate Januar bis Juni des vergangenen Jahres für die Banken zweifellos günstig waren. Die wirtschaftliche Konjunktur ging zwar zurück, aber nachdem die Spannung auf dem Geldmarkt gemindert war, wurde zu Emissionen von Anleihen geschritten, bei denen die führenden Banken glänzende Geschäfte machten.

Außer der Nationalbank, die das Jahr mit einem Verlust von 8 Millionen Mark abschließt, weil hier die Verhältnisse ganz besonders liegen, weisen diese Banken sehr bedeutende Ueberschüsse auf. Nämlich:

	Roh- überschuß in Millionen Mark		Rein- gewinn in Millionen Mark		Dividende in Proz.	
	1914	1913	1914	1913	1914	1913
Dresdner Bank . . .	41,7	43,4	23,8	26	6	8 1/2
Deutsche Bank . . .	78,7	71,3	37,4	32,7	10	12 1/2
Disconto-Gesellschaft . . .	37,8	40,5	20,9	24,5	8	10
Darmstädter Bank . . .	22,2	27,5	6,9	10,7	4	6 1/2
Berliner Handels-Ge- sellschaft . . .	19,0	15,3	10,1	11,5	5	8 1/2
Kommerz- u. Diskonto- Bank	13,9	14,9	5,7	6,8	4 1/2	6
Nationalbank	—	11,7	8	7,0	—	6 1/2
Mitteldeutsche Kreditbank . . .	8,8	8,9	44,8	43,8	5 1/2	6 1/2

Was als Rohüberschuß und was als Reingewinn zu betrachten ist, darüber haben die einzelnen Banken verschiedene Ansichten, die Zahlen sind also nicht ohne weiteres vergleichbar. Nur so viel ist ersichtlich, daß mit Ausnahme der Deutschen Bank bei allen Instituten sowohl Rohüberschuß als Reingewinn geringer waren, als im Vorjahre. Bei der Deutschen Bank kommt in Betracht, daß der Gewinn sich auf ein nur 50 Millionen größeres Kapital verteilt, bei der Disconto-Gesellschaft auf ein um 100 Millionen Mark größeres Kapital, als im Vorjahre. Dabei überweist die Deutsche Bank nicht weniger als 12,1 Millionen Mark als Vortrag für das nächste Jahr, während die Dividende 25 Millionen Mark erfordert.

Die einzelnen Posten des Gewinn- und Verlustkontos zeigen nun ein verschiedenes Gesicht. Der Gewinn aus Wechselgeschäften und Zinsen ist bei der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft höher als im Vorjahre, was sich aus der Kapitalerhöhung erklärt, bei anderen Banken ist der Gewinn zurückgegangen; das gleiche gilt von den Provisionen. Dagegen ist Gewinn aus dem „Effektenkonto“, also beim Handel mit Wertpapieren bei keiner Bank erzielt, sondern es werden hier Verluste gebucht; bei der Disconto-Gesellschaft 2,1 Millionen, bei der Nationalbank 7,3 Millionen, bei der Kommerz- und Diskontobank 0,5 Millionen; die Deutsche, die Dresdner, die Mitteldeutsche Kreditbank und die Berliner Handelsgesellschaft geben diesen Posten nicht an, regulieren vielmehr die Sache so, daß sie aus dem Ueberschuß Abschreibungen machen, die diese Verluste decken sollen. Ebenso sind Verluste entstanden aus dem „Konfortialkonto“, d. h. der Beteiligung an anderen Unternehmungen. Summiert man die Gewinne aus dem Wechselgeschäft und den Provisionen bei den acht Banken, so betragen sie rund 200 Millionen Mark gegen 217 Millionen im Vorjahre. Die Verluste aus dem Effekten- und Konfortialgeschäft dagegen lassen sich auf Grund der vorliegenden Bilanzen nicht genau berechnen. In der Tat handelt es sich hier ja auch um Verhältnisse, die noch im Flusse sind. Da nämlich die Banken große Summen in Wertpapieren aller Art angelegt haben und noch gar nicht abzusehen ist, welchen Handelswert diese Papiere haben, hängt hier alles davon ab, wie lange der Krieg dauern, welche Resultate er zeitigen wird. Es sind z. B. die Aktien einer Industrie-Gesellschaft entwertet, weil das Unternehmen seine Produktion einschränken oder vielleicht gänzlich einstellen mußte, es ist aber keineswegs gesagt, daß nach dem Kriege gerade dieses Unternehmen nicht einen neuen Aufschwung nehmen wird; ein anderes Unternehmen wiederum wird vielleicht durch den Krieg vollständig ruiniert, seine Aktien werden Makulatur. Auch Staatspapiere sind ein unsicherer Besitz geworden, da man nicht weiß, ob dieser Staat nach dem Kriege noch zahlungsfähig sein wird. Wie es scheint, haben die Großbanken diesen Verhältnissen nach Kräften Rechnung getragen. Sie kommen aber zu dem Schlusse, daß sie zwar ihre Dividenden ermäßigen müssen, aber sie schätzen die Verluste nicht so hoch ein, daß sie auch nur den Gewinn des obgelaufenen Jahres verschlingen sollten. Hoffentlich behalten sie damit recht.

Eine Ausnahme bildet die Nationalbank. Hier kann nicht nur keine Dividende ausgeschüttet werden, sondern es ist ein Verlust von 8 Millionen berechnet, trotzdem aus dem Wechselgeschäft und Provisionen rund 11,8 Millionen Ueberschuß erzielt wurden. Es sind nämlich die Verluste bei dem Wertpapier- und Beteiligungsgeschäft und bei dem Kreditgeschäft an Kunden auf 15 Millionen berechnet, so daß hier im Resultat ein Verlust von 3,2 Millionen erscheint und die Geschäftskosten, die 4,4 Millionen betragen, nicht gedeckt werden können, wozu noch ein paar kleinere Posten kommen. Im Resultat wurde also der Betrag von 8 Millionen aus dem Reservefonds genommen, um die Bilanz ins reine zu bringen. Dieses Ergebnis ist jedenfalls nicht ausschließlich auf die Kriegsverhältnisse zurückzuführen, sondern es ist die Folge früherer Geschäftsgangart. Es scheint daher sehr wahrscheinlich, daß diese Bank aus der Reihe der Großbanken ausscheiden wird. Eine peinliche Episode ist, daß die Direktion bei dieser Katastrophe Erpressungen auf Kosten der Beamten macht, denen sie die „Gratifikationen“ vorenthält, obwohl diese im Bankgeschäft ganz allgemein als ein Bestandteil des Gehaltes gelten. Das führte zu sehr drastischen Auseinandersetzungen in der Generalversammlung.

Daß das Vertrauen des Publikums zu den Banken nicht geschwunden ist, zeigt sich daraus, daß die Depositen, d. h. die fremden, den Banken anvertrauten Gelder, am Jahres-schluss höher waren, als im Vorjahre: 2024 gegen 1955 Millionen Mark. Die sogenannte „Liquidität“, d. h. das Verhältnis der greifbaren Mittel zu den Verbindlichkeiten, hat sich ziffernmäßig nicht erheblich verschlechtert. Am Schlusse des Vorjahres schuldeten die Banken insgesamt 6113,6 Millionen Mark, während ihnen an Bargeld, Bankguthaben, eigenen Wertpapieren und lombardierten Papieren und Waren 4146,8 Millionen zur Verfügung standen. Ende 1914 dagegen war das Verhältnis 6337,5 zu 4109,3 Millionen, oder in Prozenten der flüssigen Mittel zu den Verbindlichkeiten ausgedrückt waren es 64,8 Proz. gegen 67,8 Proz. im Vorjahre. Mit Recht bemerkt aber die „Kölnische Zeitung“, daß in Wirklichkeit die Dinge anders stehen, weil die im Besitze der Banken befindlichen Wertpapiere wohl in Friedenszeiten leicht „flüssig gemacht“, d. h. veräußert werden können, nicht aber im Kriege.

Das Bild, das die Bankabschlüsse bieten, spiegelt, wie gesagt, die wirtschaftliche Lage insofern nicht ganz richtig wieder, als im Status der Banken sieben Friedensmonate mitwirken, während in Wirklichkeit für Industrie und Handel die durch den Krieg getrocknete Lage maßgebend ist. Jeder Tag, den der Krieg dauert, verschlechtert diese Lage nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen kapitalistischen Welt.

Zwei französische Dreadnoughts auf dem Wege nach den Dardanellen.

Napoli, 30. März. (W. Z. B.) Dem „Secolo“ zufolge trafen gestern die französischen Dreadnoughts „Vreitaine“ und „Provence“ in Neapel ein, welche den „Gaulois“ und den „Vouvet“ bei den Dardanellen ersetzen sollen.

Der Seekrieg.

London, 30. März. (W. Z. B.) Die Admiralität gibt bekannt, daß in der Woche vom 17. bis 24. März drei britische Schiffe von zusammen 11 650 Tonnen Gehalt von Unterseebooten versenkt worden sind. Ein viertes Schiff wurde torpediert, erreichte jedoch den Hafen. In der Woche kamen an und fuhrten aus 1450 Schiffe von über 300 Tonnen Gehalt.

Die Vernichtung des Dampfers „Fallaba“.

London, 30. März. (W. Z. B.) Ueber den Untergang des Dampfer „Fallaba“ meldet das Reutersche Bureau noch: Am 28. März nachmittags tauchte das Unterseeboot plötzlich neben dem Dampfer auf und forderte ihn durch Pfeifensignal auf, beizubringen, aber bevor dies geschehen konnte, traf der Torpedo bereits in der Gegend des Maschinenraumes. Die Boote wurden ausgelegt und bemannt; drei davon schlugen um, die Insassen fielen ins Wasser. Der Fischdampfer „Queen Mary“ kam noch rechtzeitig um 137. Personen aus dem Wasser und den Rettungsbooten auszunehmen. Unter den Ertrunkenen befinden sich der Kapitän, ein Leutnant des Dampfers und ein Korporal von der Armee. Das Schiff war ein Postdampfer von 4803 Tonnen und war nach Westafrika bestimmt.

London, 30. März. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Gestern Abend sind einige Passagiere der „Fallaba“ hier auf der Paddington-Station eingetroffen. Einer von ihnen erzählte: Sonnabend, den 27., um 6 Uhr Abends verließen wir Liverpool. Am folgenden Mittag haben wir etwa 70 Seemeilen von Milford Haven ein Unterseeboot. Der Kapitän versuchte zu entkommen, aber das Unterseeboot war sehr groß und schnell und holte uns leicht ein; es forderte uns auf, beizubringen. Es wurde Befehl gegeben, die Boote klar zu machen, aber nur drei davon scheinen vom Schiffe frei gekommen zu sein, von den übrigen ging eins entzwei, das andere schlug um. Von den auf dem Schiff befindlichen 250 Personen sind ungefähr 130 bis 140 gerettet worden. Das Unterseeboot hatte uns 15 Minuten Zeit gegeben, aber es befanden sich noch Fahrgäste an Bord, als der Torpedo aus 200 Meter Abstand abgeschossen wurde. Er traf den Dampfer mittschiffs, und dieser sank in 10 Minuten. Fast unmittelbar nach dem Schiffsuntersinken tauchte das Unterseeboot unter und kam 10 Minuten später eine Viertel Seemeile weiter entfernt wieder heraus, verschwand aber, als es sah, daß die „Fallaba“ schon gesunken sei. Wir wurden von dem Fischdampfer „Emma“ aufgenommen, der uns nach Milford Haven brachte, auch andere Fischdampfer kamen zu Hilfe.

Zur Versenkung des Dampfers „Aquila“.

London, 30. März. (W. Z. B.) Die Admiralität teilt zur Orientierung des Dampfers „Aquila“ noch mit: Der Dampfer, der von Liverpool nach Lissabon fuhr, wurde in der Höhe von Pembroke torpediert. 28 Mann von der Besatzung und drei Passagiere werden vermisst, der Kapitän und 19 Mann wurden in Fischguard gelandet.

Auf eine Mine geraten!

Kopenhagen, 30. März. (W. Z. B.) „Handelsblad“ meldet aus London: Wie die „Morning Post“ erfährt, sind der Kapitän und die Besatzung des holländischen Schiffes „Amstel“ in Grimshy gelandet worden. Der Kapitän sagte aus: Kurz nach Mitternacht fand eine heftige Explosion im Vorderschiff statt; der Bug des Schiffes wurde zerstört. Das Wasser strömte ein und die Besatzung hatte knapp Zeit, die Boote herabzulassen. Nach einigen Stunden wurden sie von einem Fischerfahrzeug aus Grimshy aufgenommen. Der Kapitän meint, daß nach Art der Explosion und des angerichteten Schadens das Unglück durch eine Mine und nicht durch ein Torpedo verursacht worden ist.

Ein holländischer Dampfer auf eine Mine gelaufen.

London, 30. März. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Admiralität gibt bekannt, daß der holländische Dampfer „Amstel“ auf der Fahrt von Rotterdam nach Goole Montag früh um 4 Uhr auf der Höhe von Flamborough auf eine Mine des deutschen Minenfeldes gelaufen ist. Die Besatzung wurde am Humber gelandet.

Rußland und Griechenland.

Petersburg, 29. März. (W. Z. B.) Die „Njetsch“ schreibt: Die griechische Krisis kam Rußland sehr gelegen, denn in der griechischen Presse kam deutlich zum Ausdruck, daß die Griechen ihrerseits Konstantinopel für sich beanspruchen und niemals daran denken, Rußland den Besitz Konstantinopels zu verschaffen. Jeder, der die Ansprüche Rußlands auf die Dardanellen kennt, kann deshalb sich nur Glück wünschen, daß Griechenland sich nicht an der Eroberung beteilige.

Noch immer streikende Dockarbeiter in England.

London, 30. März. (W. Z. B.) „Times“ melden aus Liverpool: Während die Dockarbeiter in Liverpool strikieren, Aufforderung nachkam und den Wochenendstreik aufgaben, feierten in Birkenhead am Freitag wieder 1600 Mann. Man erwartet, daß das Kriegsamt energische Maßnahmen ergreifen wird. Die Stauung in Birkenhead ist so groß, daß viele Dampfer einen Teil der für sie bereit liegenden Ladungen zurücklassen mußten. Man befürchtet, daß die Lage sich während der Osterfeiertage verschlimmern wird, da die Arbeiter von Karfreitag ab nicht arbeiten werden.

Eine Verleumdung des „Matin“.

Berlin, 30. März. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt über „Die Verleumdung des „Matin“: Aus dem hier eingetroffenen Artikel des „Matin“ über Greuelthaten deutscher Truppen in Griechenland vom 28. d. Mts., dessen lächerlicher Inhalt bereits vom Botschaften Telegraphenbureau zurückgewiesen wurde, geht hervor, daß sich die Hauptbeschuldigung gegen die deutschen Truppen auf einen Vorfall bezieht, der bereits im vorigen Jahre Gegenstand amtlicher Untersuchung gewesen ist. Der „Matin“ behauptet, daß im August 14 Italiener auf Befehl eines deutschen Hauptmanns in Constan's Jarny ermordet worden und neun von ihnen gezwungen worden seien, ihr eigenes Grab zu graben. Schon Ende August waren in Italien Nachrichten verbreitet, daß 14 Italiener, deren Namen dem Auswärtigen Amt mitgeteilt wurden, einer Streiftätigkeit zum Opfer gefallen wären, die von deutschen Soldaten provoziert worden sei. Ebe die Untersuchung abgeschlossen war, wurde das Auswärtige Amt von zuständiger Stelle darüber unterrichtet, daß nach einer privaten Enquete eines italienischen Abgeordneten alle Italiener, die als Opfer des Zwischenfalls angegeben waren, inzwischen nach Italien zurückgekehrt seien, nachdem sie in Reg und Aassel 20 Tage verhaftet gewesen wären. Die Verhaftung der Italiener beruhte darauf, daß eine deutsche Patrouille der Jäger zu Pferde aus einer Wirtshaus in Jarny beschossen worden war. — Die in der Wirtshaus befindlichen 14 Italiener wurden festgenommen und nach Reg gebracht. In ihrem Besitz wurde ein Jagdgewehr und ein Revolver gefunden. — Dagegen ist eingeleitete Verfahren wurde jedoch eingestellt, da sich nicht feststellen ließ, von wem die Schüsse abgegeben worden waren. Nach Einstellung des Verfahrens wurden die Verhafteten freigelassen. Soweit der Tatbestand. Er zeigt von neuem, wie ein gewisser Teil der französischen Presse arbeitet, um seine Zwecke im neutralen Ausland zu erreichen. (W. Z. B.)

Vom nordöstlichen Kriegsschauplatz.

Angst vor den Russen.

Suwalki, den 16. März 1915.

Aus der Sakristei der Garnisonkirche hört man laute Fröhlichkeit und heiteren Gesang entgegen. Ich trete ein: russische Gefangene sind's, die da essen, laut sich unterhalten und singen. Auf meine Frage erklärten mehrere deutschsprachige Gefangene: „Wir können doch lustig sein, unser Leben ist gerettet.“ — Und zu essen haben Sie auch? — „Ja, genug, wir sind sehr zufrieden.“ — Im Schiff der Kirche lagen Gefangene, von denen einige ihre Wahlzettel verzeichnet, andere ihre Kleider ausbesserten, einige schliefen. Die weissen waren draußen mit Äpfeln an offenen Fenstern beschäftigt. Ich wanderte zum russischen Lazarett. Annähernd tausend Verwundete sind in verschiedenen Kasernenbauten untergebracht. Es sieht in all den Räumen sehr unordentlich aus. Außer Nagel ein Dutzend sein: zu der qualenden unsauberen Umgebung gefüllt sich Hunger bei ihm und all den anderen. Ein Deutschrusse, Leute aus Riga, aus Taurien, aus Wilna usw., übereinstimmend klagen sie: „Wir leiden Hunger.“ Ich frage eine Krankenpflegerin: „Seit zwei Tagen haben die Leute fast nichts bekommen.“ Ich frage, woran der Mangel der Verpflegung liegt. Pfleger und Ärzte zucken die Achseln. Hier muß etwas nicht stimmen, dachte ich. Es war am Sonntag, Donnerstag hatten die Leute eine Kleinigkeit Brot bekommen, am Freitag ein wenig magerer Suppe und dann nichts mehr. Montag gehe ich wieder hinaus, horche bei anderen Kranken und dem deutschen Aufwächterpersonal. Die Angaben wurden mir bestätigt. Fast alle Verletzten klagen über qualenden Hunger. Nur wer Geld hat, kann sich Brot kaufen; auch kommen einige arme Einwohner, die Suppe bringen.

Neue Qualen für diejenigen, die nichts bekommen. Aus der deutschen Feldküche bringt man jeden 250 Brote, 70 sollen noch folgen, und 10 Pud Kartoffeln sind geliefert worden. Was ist das für so viele? Ein Sergeant sagt mir die Stadt müsse für die Verwundeten sorgen, tue aber nichts. Bei der Etappe erhalte ich folgende Auskunft: Für die Gefangenen sorgt die Militärverwaltung. Der Stadt war aufgetragen worden, die Verpflegung der Verwundeten zu besorgen. Es ist Mehl freigegeben worden; der Bürgermeister hatte Auftrag, einige Bäckereien nur für die Versorgung der Verletzten und Kranken zu beschäftigen — nichts wurde geliefert. Der Bürgermeister und alle Bürger fürchten sich vor den Russen, darum wollen sie nichts tun, nicht einmal für ihre eigenen Leute sorgen. Niemand wollte das Amt des Bürgermeisters übernehmen, um keinen Preis. Schließlich fand sich jemand, aber nur unter der Bedingung, daß die Deutschen ihn mitnehmen, wenn sie Rußland wieder verlassen sollten. Solche Schreckensherauskunft über die Russen im eigenen Lande! Schon nach dem feinerzeitigen Rückzuge der Deutschen mußten manche Leute schwer dafür büßen, daß sie den deutschen Soldaten Lebensmittel verkauft hätten. Viele Läden wurden von Russen erbrochen und ausgeplündert. Und die Geschäftsleute haben doch nur getan, was sie für die deutsche Kommandantur zogen, und was die Russen in viel rigorosere Weise in Deutschland erzwungen hatten. Aus dem letzten veröffentlichten Dokumenten von Kommandant Inzereburger Herrscherzeit ist bekannt geworden, daß er der Stadt schwere Lasten auferlegte und die Erfüllung durch Ergreifung von Geiseln erzwang, die erschossen werden sollten, wenn seine Befehle nicht prompt ausgeführt würden. Der Vertreter des Jarny hatte weiter mit dem Angedenken der Stadt gedroht, er ließ auch eine Fabrik in Flammen aufgehen, weil angeblich von einem Zivilisten nach einem Flugzeug geschossen worden sein sollte. Keine derartige Maßnahme oder Drohung ist von der deutschen Kommandantur in S. ergegangen. Sie forderte nur, daß die wohlhabende Stadt die Verpflegung der eigenen Volksgenossen übernehme; sie gab dazu Mehl heraus, aber die Verwundeten mußten hungern. Man läßt sie darben und leiden — aus Angst vor den Russen, die in Deutschland die Plünderung zu groß betrieben haben.

Bahrscheinlich wird die Kommandantur in S. nun wohl etwas schärfere Stellen aufziehen. Die armen Verwundeten sollen aber nicht auf die Wirkung warten brauchen. Die deutschen Militärbehörden sind angewiesen worden, die Verwaltung dieses Lazarett, in dem mehrere russische Verze mit russischem Pflegerpersonal tätig sind, zu übernehmen. Noch am demselben Tage sollen Hülsenfrüchte, Gemüse, Zucker, Tee, Fleisch usw. geliefert werden. Ferner erhalten Bürger der Stadt die Erlaubnis, nach Königsberg zu fahren und dort Lebensmittel für die Bevölkerung und die Verletzten einzukaufen. Bei dem außerordentlich regen Geschäftsleben sind einige Artikel zur Reize gegangen. Dieser Mangel kann durch die getroffene Maßnahme behoben werden. Ein solches Entgegenkommen haben die Russen in Deutschland nicht bewiesen. Mit dem Kriege sind Härten unermesslich verbunden, einzelne Ausnahmen lassen sich nicht verhindern, aber das kann kein Mensch bestreiten: die Maßnahmen der deutschen Kommandantur in Suwalki stehen in einem wohlthätigen Gegensatz zu dem Treiben der Russen in Deutschland. Die Provisur einiger Händler in S. hat die Kommandantur jetzt veranlaßt, für eine Reihe von Waren Höchstpreise festzusetzen, die nach polnischen Pfunden berechnet sind. Damit man leichter vergleichen könne, setze ich die entsprechenden Preise für ein deutsches Pfund hierher. Es beträgt der Höchstpreis für je ein Pfund Schwarzbrot 84 Pf., Graubrot 19,2 Pf., Weißbrot 24 Pf., Halbfleisch 26 Pf., Schweinefleisch 60 Pf., gewöhnliche Teewurst 26 Pf., ein Glas Tee mit zwei Stück Zucker 10 Pf., ein Glas Kaffee 15 Pf., eine Zigarette 2 Pf. Die Uebertretung dieser Bestimmungen wird in jedem Einzelfalle mit Geldstrafe bis zu 100 Mk. bestraft. Die Militärpersonen sind angewiesen, alle Leistungen für den persönlichen Bedarf hat zu bezahlen. Die für Brot und Fleisch festgesetzten Höchstpreise sind um 30 bis 50 Proz. höher als in Friedenszeiten. Einen Vorwurf, daß die deutsche Kommandantur zu schroff vorgehe, kann man wahrlich nicht erheben. Wenn überall von allen Kriegsführenden so verfahren würde, dann bliebe der in Mitleidenschaft gezogenen Zivilbevölkerung viel Kummer, Sorge und Not erspart. Düweli, Kriegsberichterstatter.

Gärung in Indien?

Kopenhagen, 30. März. (W. T. B.) „Berlingske Tidende“ meldet aus London: Obgleich man die deutsche Meldung des unbekannten Kaufmanns aus Indien mit Vorsicht aufnehmen muß, besteht doch kein Zweifel, daß sich eine bedeutende Gärung in Indien vorbereitet. Gelegentlich der Einbringung der Gesetzesvorlage betreffend schärfere Vorsichtsmaßnahmen für die öffentliche Sicherheit und die Verteidigung der britischen Interessen in Indien erklärte Craddock, daß diese Indier in der letzten Zeit mit verderblichen Anschauungen nach Indien zurückgekehrt seien. In Bengalen kam es zu einer Aufrührerbewegung und im westlichen Punjab unter dem Druck der englischen Wirtschaft zu Plünderung und Brandstiftung und zu Kämpfen zwischen Mohammedanern und Hindus. Die „Westminster Gazette“ betrachtet mit Sorge die Zustände, insbesondere die Schwierigkeiten, die das englische Oberhaus der Einführung der indischen Verfassung durch die kürzlich beschlossene Vertagung machte. Das Blatt schlägt vor, daß man zur Verhütung der Indier ihnen Versprechungen macht hinsichtlich der Erweiterung der indischen Reformpolitik nach dem Kriege, da die Indier jetzt als Mitkämpfer in Europa ein Recht auf bessere Behandlung als vorher durch die Engländer erworben hätten. Die patriarchalische Art, mit der Indier das 19. Jahrhundert hindurch regiert worden sei, sei nur ein Ueberbegriff und müsse jetzt durch eine andere Regierungsform abgelöst werden. Die großen Beschränkungen, die England den indischen Eingeborenen seit auferlegt habe, könnten unmöglich noch aufrecht erhalten werden, da sie nur auf einem Unterschied der Rasse beruhten und der zivilisierten indischen Nation der heutigen Zeit unwürdig seien. Die neue Generation der Indier, die in politischer Beziehung nach Westen läßt und die politische Kultur Europas in sich aufgenommen hätte, sei jetzt herangewachsen. Durch den europäischen Kampf habe die Bewegung einen neuen Aufschwung genommen, an dem Indien teilnehmen müsse. Das bisherige englische System habe sich völlig überlebt.

Hungerrevolte in Pendschab.

London, 30. März. (W. T. B.) „Morning Post“ meldet aus Kallutta: Die Regierung des Pendschab hat ein Communiqué mit Einzelheiten über die Anarchie im Südwestpendschab veröffentlicht. Danach hätten die Ausschreitungen keine politische Ursache. Sie waren auf die hohen Getreidepreise im Januar zurückzuführen und führten zu Plünderungen der Getreidelager durch die Hindus. Nach der Einführung der Ausnahmegefesetze sind in den Distrikten Wang und Magasfargah keine neuen Ausschreitungen vorgekommen. Mehrere Hundert Personen sind verhaftet worden. Die Krise ist vorbei. Mit dem Fallen der Getreidepreise werden bald normale Zustände wiederkehren.

Statistik über den Burenaufstand.

Amsterdam, 30. März. (Z. N.) In einem Leitartikel von „Das Volk“ finden wir über den Burenaufstand eine Statistik, die von der südafrikanischen Regierung veröffentlicht wurde, sowie eine Uebersicht der Regierungsanträge bezüglich der Rebellen. Nach dieser Aufstellung hatten sich vor dem 21. November 1914 2054 Rebellen und nach dieser Zeit noch 1831 ergeben. Im ganzen hatten also 3885 freiwillig die Waffen gestreckt. Von den Regierungstruppen wurden 5792 gefangen genommen. Damit erhöhte sich die Zahl der inhaftlich gemachten Buren auf 9677. Über zu dieser Zeit waren weit mehr Leute im Felde, denn viele kamen durch Zerschlagung unter die Waffen. Aufständische kommandierten und mancher erhielt einen Kommandobrief, wie er meinte, von seinem rechtmäßigen Kommandanten unterzeichnet. Wenn General Botha solchen Leuten begegnete, warnte er sie und gab ihnen den guten Rat, nach Hause zurückzukehren. Solche Leute sind in obigen Zahlen nicht berücksichtigt. Auf Seiten der Regierungstruppen waren im ganzen 131 gefallen und 272 verwundet. Die Verluste der Aufständigen sind noch nicht festgestellt, aber sie sind bedeutend schwerer als die der Regierungstruppen. General Smuts rechnet aus, daß der Aufstand und seine Unterdrückung 1000 Opfer an Toten und Verwundeten gekostet hat. Die Regierung teilt die Aufständigen in drei Klassen: 1. Die Anführer und die, welche einen hervorragenden Anteil an dem Aufstand genommen, die Poiten unter den Rebellen befeidelt, kommandiert und requiriert haben. 2. Diejenigen Aufständigen, die sich in Gefangenschaft befinden und festgehalten werden können, bis der Feldzug gegen Deutsch-Südwestafrika zu Ende ist. Gegen sie wird kein Strafverfahren eingeleitet werden. Sie sind aber gleich der ersten Kategorie für zehn Jahre disqualifiziert. 3. Die dritte Klasse bilden alle die, die gefangen genommen wurden oder sich freiwillig ergeben haben. Diese zerfallen wieder in zwei Gruppen, nämlich in diejenigen, welche sich zufolge der Proklamations vom 12. November ergeben haben, und in die, welche dies späterhin getan haben. Der Regierungsantrag geht dahin, die erste Gruppe während fünf Jahren von allen öffentlichen Ämtern auszuschließen, die zweite Gruppe für zehn Jahre zu disqualifizieren. „Wir freuen uns innig“, sagt „Das Volk“ zum Schluß, „daß die Regierung keinen Aufständigen des Wahlrechts beraubt hat. Da sich unter den Rebellen keine Stützen der Regierung befinden, leuchtet es jedem ein, daß die Regierung keine Rache üben will. Die Disqualifikation, welche zur Folge hat, daß man kein Mitglied des Parlaments, des Provinzialrats usw. werden kann, liefert den Beweis, daß das Parlament und das Volk den Aufstand verurteilen. Keiner wird in seinem eigenen Lande zum Selbsten gemacht.“ „Das Volk“ nennt dies eine vernünftige Politik, die kräftig mitwirken werde, dem Lande einen dauerhaften Frieden zu schenken.

Sieg der Regierung bei den japanischen Wahlen.

Tokio, 30. März. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Wahlen brachten einen vollständigen Sieg der Regierung und eine Niederlage der bisher mächtigen Seiyuikai-Partei, die 78 Sitze verlor, von denen die neue von dem verstorbenen Fürsten Kasura gegründete, jetzt von Baron Kato geführte Doshikai-Partei 55 gewann. Der Regierung ist eine Majorität von mindestens 40, vielleicht 80 Stimmen sicher.

Politische Uebersicht.

Höher geht's nimmer!

Die „Wossische Zeitung“ führt seit einiger Zeit einen offenbar aus ganz bestimmten Quellen gespeisten „Kampf“ gegen die „Quertreiber“ in der sozialdemokratischen Partei. Reißt rüchelten sich diese Angriffe in erster Linie gegen Nabel (Parabellum), mit dessen Auftreten in unserer Partei wir selbst nie einverstanden waren. Man wird

uns daher keine Voreingenommenheit für Nabel nachsagen können, wenn wir die Angriffe, die von der „Woss. Ztg.“ gegen alle Gegner der Kreditbewilligung erhoben werden, als unerhört zurückweisen. Die „Woss. Ztg.“ schreibt in einem „Lodspiegel“ überschriebenen Artikel u. a.:

„Es gibt „verbohrte Fanatiker“, denen unlautere Beweggründe fernliegen, genötigt in vereinzelten Exemplaren auch heute in Deutschland. Aber ebenso gewiß gibt es Quertreiber und Heher, die ihre Angriffe gegen die überwältigende Mehrheit der Sozialdemokratie wegen der Bewilligung der Kriegsanleihe und des Reichshandhalts richten, weil sie dafür von Deutschlands Feinden bezahlt werden. Daß auch innerhalb der Sozialdemokratie dieser Verdacht aufsteigt, wird seine guten Gründe haben. Der Verdacht richtete sich übrigens gegen diese oder jene Person schon lange vor dem Krieg, und gelegentlich ist ihm auch Singer nachgegangen, ohne freilich die nötigen Beweise zu erlangen. Wenn jetzt die Geheimniser „Vollstimme“ von einer Propaganda „mit Geldern aus unbekanntem Quellen“ spricht, so wird man nach der Auseinandersetzung über Herrn Nabel-Parabellum gespannt sein dürfen, welche Erläuterung diese Bemerkung haben wird. Mit Stillschweigen wird ja ein solcher Hinweis nicht gut übergegangen werden. Aber ob in dem einzelnen Fall bestellte Arbeit im Dienst einer fremden Regierung wahrscheinlich oder unwahrscheinlich ist — der Vermutung wird sich niemand entziehen, daß sich fremde Staatsmänner wie Spione so auch Lodspiegel in Deutschland verhalten haben und sich von deren Wirksamkeit einen Nutzen versprechen.“

Und deshalb ist es gut, daß diejenigen Kreise, bei denen diese Wirksamkeit einsehen könnte, auf der Hut sind, um so vorsichtiger und misstrauischer, je rückfälliger die große Mehrheit der Sozialdemokratie, weil sie den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit entkräftet und die Mittel zur Kriegführung bewilligt hat, des Verrats an der Partei bezichtigt wird. Vollends dringender Verdacht ist geboten, wenn die Strafe gegen die Partei mobil gemacht werden soll. Verlassen das wirklich „verbohrte Fanatiker“, so könnten es bezahlte Lodspiegel jedenfalls nicht anders machen.“

Diese Bemerkungen sind um so widerlicher, als sie bald von einer „Vermutung“, bald von einer „Wahrscheinlichkeit“, bald von einer „Gewißheit“ sprechen, bald sich gegen eine bestimmte Person, bald gegen die Gegner der Kreditbewilligung überhaupt wenden. Durch solche haltlosen, nicht präzisierten Verdächtigungen soll einer großen Gruppe innerhalb der Partei der moralische Boden entzogen und die Diskussionen über grundsätzliche Parteifragen auf ein Niveau herabgezogen werden, das sozialdemokratische Blätter hoffentlich nie betreten werden.

Eine Richtigtstellung.

Auf ein von der „Post“ wiedergegebenes Gerücht antwortet die Norddeutsche Allgemeine Zeitung: „Die in der Presse verbreitete Mitteilung, daß die elsässisch-lothringischen Reichstagsabgeordneten von dem Herrn Staatssekretär des Innern, Staatsminister Dr. Delbrück, veranlaßt seien, die Frage der verfahrenen elsässisch-lothringischer Reichstag nicht zur Sprache zu bringen, entbehrt jeder Begründung. Der Herr Staatssekretär Dr. Delbrück hat mit keinem der elsässisch-lothringischen Abgeordneten über diese Frage gesprochen.“

Die Entschleierung des Geheimnisses.

Das Bochumer Parteiblatt sucht in einem spaltenlangen Artikel mit der Ueberschrift „Die verratenen Geheimnisse“ die Tatsache zu erklären, daß Berliner bürgerliche Blätter über Vorgänge in der sozialdemokratischen Fraktion häufig früher zu berichten wissen als der „Vorwärts“. Die Aufklärung besteht darin, daß das Wollfische Telegraphen-Bureau Kirchenabgabe des „Vorwärts“ am Abend vor Erscheinen der druckfertigen Ausgabe erhält. Selbst wenn das Märzchen wahr wäre — wovon natürlich keine Rede sein kann — wie entschließt das Bochumer Blatt nun das „Geheimnis“, daß das „Berliner Tageblatt“ bereits in seiner um 8 Uhr nachmittags ausgedruckten Abendausgabe Fraktionsbeschlüsse mitteilt, die der um 4 Uhr mit dem Satz beginnende „Vorwärts“ erst unter Zitierung der „Tageblatt“-Meldung am nächsten Morgen mitteilen konnte, da dem „Vorwärts“ durch Fraktionsbeschlüsse eine eigene Mitteilung unterliegt war? U. A. W. G.

„Wir haben Rußland nicht ungern.“

Der frühere amerikanische Senator Beveridge hat mit dem Generalfeldmarschall von Hindenburg eine Unterredung gehabt, wobei nach einem Bericht der „Woss. Ztg.“ Hindenburg sich dahin äußerte:

England hätte den Krieg verhindern können. Rußland hätte nicht angefangen, wenn England „nein“ gesagt hätte, aber England wollte den Krieg. England glaubte, mit Rußlands und Frankreichs Hilfe Deutschland vernichten zu können. Wir haben Rußland nicht ungern, Frankreich haben wir gern, England lassen wir! Beveridge sagte: Es heißt, Deutschland habe die Militärpartei, die auch den Krieg herbeigeführt habe. Hindenburg erwiderte: „Alles Unsin, genau so, wie die Behauptung Unsin ist, der Kaiser sei für den Krieg verantwortlich.“ Hindenburg schloß: „Wir werden selbstverständlich gewinnen. Wir zweifeln nicht daran! Zweifeln Sie?“

Vor Lische las man's über Rußland anders.

Rückkehr ostpreussischer Flüchtlinge.

Der Landeshauptmann der Provinz Pommern hat als Staatskommissar für Flüchtlingswesen mit Genehmigung des Oberbefehlshabers im Osten zu den früher freigegebenen Gebieten mit Besannmachung vom 24. März auch die Kreise Bögen, Darkehmen, Angerburg und Gumbinnen den Flüchtlingen für die Rückkehr freigegeben. In diesen Kreisen ist aber eine Reihe von Dörfern so zerstört, daß die Flüchtlinge, die dort wohnen, wegen mangelnder Unterkunft nicht dorthin zurückkehren können. Da nicht die Sicherheit besteht, daß diese Flüchtlinge in den Nachbarorten während der Unterkunft finden können, werden sie von der Rückkehr vorläufig absehen müssen. Die zerstörten Dörfer sind: Im Kreise Bögen die Dörfer Marginalwolla; im Kreise Darkehmen: Jodubunen, Lantshilfen, Resmienen, Wilhelmberg-Dorf, Auersfuß, Ströfen, Budwollen, Wessern, Widschubunen, Grünwalde, Al. Grobienen, Gotthardthal, Broszaitzen, Dognagoren, Gr. Sobrost, Al. Sobrost, Dilschmen, Störingen, Vamsberg; im Kreise Angerburg: Hofengarten, Gr. Gaja, Al. Dombrowlen, Buddern, Gr. Strengeln, Al. Strengeln, Postfessern, Kruglanen, sowie Benzgen Dorf und Gut; im Kreise Gumbinnen: Worupönen, Sobtrehlen, Jodubunen, Ribinnen, Warschlegen, Karzanuphehnen, Sobdehnen.

Konservative Landtagskandidaturen.

Von der konservativen Partei ist Rittergutsbesitzer aus dem Winkel auf Logau bei Luban als Kandidat für die durch den Tod des Grafen von der Medde-Volmerstein notwendig gewordene Landtagsersatzwahl in Glogau-Lüben aufgestellt worden. Die vereinigten Verbände der konservativen Kreisvereine List und Niederung haben beschlossen, im Wahlkreis List-Niederung den früheren Abgeordneten Justizrat Meyer-List als Kandidaten aufzustellen für den gefallenen Oberförster Meyer-Zawollnigen.

Verurteilung wegen deutschfeindlicher Gesinnung.

Strasbourg i. G., 29. März. Von der Strafkammer in Zabern wurde der evangelische Pfarrer Herzog aus Waldersbach im Breuschtal, Schweizer von Geburt, aber seit 1894 naturalisiert, wegen Vergehens gegen den sogenannten Kanzenparagrafen, insbesondere wegen wiederholter Bekundung deutschfeindlicher Gesinnung zu zwei Monaten Festungshaft und zur Tragung der Kosten verurteilt.

Wahlsieg der Arbeiterpartei in Australien.

London, 30. März. (W. T. B.) „Times“ melden aus Sidney: Die Wahlen in Südastralien endeten mit dem Siege der Arbeiterpartei.

Kriegsbekanntmachungen.

Feiertagsarbeit für den Heeresbedarf.

Ämtlich. Berlin, 30. März. (W. T. B.) Im Interesse der Landesverteidigung muß jeder Rückgang in der Fertigung der Heeresbedürfnisse, insbesondere der Munition, vermieden werden.

Hierzu ist erforderlich, daß auch die in der Heimat arbeitenden Männer hinter ihren im Felde stehenden Brüdern an Opferfreudigkeit nicht zurückstehen, sondern sich bereit finden, während der bevorstehenden Feiertage den dringend nötigen Heeresbedarf zu fertigen.

Daher werden die deutschen Arbeiter dem Wunsche der Heeresverwaltung, die Arbeit während der bevorstehenden Feiertage sowohl in den staatlichen Betrieben als auch in den mit Heereslieferungen betrauten Privatfabriken nur am ersten Osterfeiertag ruhen zu lassen, gern entsprechen.

Kriegergräber.

Ueber das Schicksal der Gräber der in den großen Kämpfen dieses Krieges gefallenen deutschen Soldaten herrscht vielfach Zweifel und Unklarheit. Die Angehörigen vieler Gefallener werden in Sorge darüber sein, ob auch in gehöriger Weise Fürsorge für die Erhaltung dieser Gräbter getroffen ist. Von zuständiger Stelle wird darüber folgendes bekannt gegeben:

Die hin- und herwogenden gewaltigen Kämpfe und die riefenhaften Verhältnisse dieses Krieges machen bis auf weiteres irgendwelche Anordnungen und Abmachungen für die dauernde Erhaltung der Gräber zur Unmöglichkeit. Es sind aber im Inlande wie im besetzten feindlichen Gebiet Vorkehrungen zur vorläufigen Sicherstellung und Erhaltung getroffen, die geeignet erscheinen, eine spätere dauernde und würdige Unterhaltung aller Gräber — und zwar gleichmäßig von Freund und Feind — zu sichern. Hierzu gehört vor allen Dingen die Anlegung von Verzeichnissen (Kataster) über die Gräber, nötigenfalls auch von Karten, mit genauer Angabe über die Lage und, soweit möglich, auch mit Namen und Truppenteil der Verstorbenen, sowie Kennzeichnung durch Gedenkzeichen vorläufig in einfacher Form; daneben ein Verbot, wonach grundsätzlich an dem bestehenden Zustande der Gräbter nichts verändert werden darf — außer zum Zwecke der Erhaltung und Verschönerung. — Bei diesen Arbeiten werden die in Betracht kommenden Zivil- wie Militärbehörden so zusammenwirken, daß ein Erfolg, soweit es die Verhältnisse zulassen, gesichert erscheint.

Kriegsschreibstuben und Feldpostverpackungsstellen.

Berlin, 29. März. (W. T. B.) Ueber 5100 Kriegsschreibstuben und Feldpostverpackungsstellen waren Mitte März im Reichs-Postgebiet, wie die Postverwaltung festgestellt hat, in Tätigkeit, um dem mit den Vorschriften über die Adressierung und Verpackung der Feldpostsendungen weniger vertrauten Publikum hilfreich an die Hand zu gehen. Seit Anfang Februar sind allein 2000 Schreibstuben und Verpackungsstellen neu entstanden. Etwa 40 Prozent der Gesamtzahl sind in Schulen untergebracht. Vielfach werden auch noch die älteren Schüler beim Schulunterricht von den Lehrern in der Adressierung und Verpackung der Feldpostsendungen unterwiesen. Wo die Einrichtung von Schreibstuben bisher nicht möglich gewesen ist, haben sich in zahlreichen Fällen die Gemeindevorsteher, Pfarrer, Lehrer, ferner die Vorstände der Roten Kreuz- und Frauenvereine sowie auch Geschäftsinhaber in den Dienst der guten Sache gestellt. Die Reichs-Postverwaltung wendet der weiteren Ausbreitung der Kriegsschreibstuben und Feldpostverpackungsstellen dauernd ihre Fürsorge zu.

Letzte Nachrichten.

Spanische Rüstungen.

Paris, 30. März. (W. T. B.) „Journal“ meldet: Vätertrichten aus San Sebastian zufolge ist das spanische Kriegsministerium mit der Reorganisation des Heeres beschäftigt, damit Spanien für alle Eventualitäten vorbereitet sei. Die Reorganisation betreffe mehrere Divisionen. Die notwendigen Gelder würden aus den gewöhnlichen Einnahmen des Staatshaushaltes geschöpft werden.

Die Wirren in Portugal.

Lyon, 30. März. (W. T. B.) „Republican“ meldet aus Madrid: Aus Portugal hier eingetroffene Nachrichten schildern die dortige Lage als sehr ernst. Wegen des Präsidenten der Republik ist wegen seiner Eingriffe in die Rechte des Parlaments ein Verfahren eingeleitet worden. Die monarchistische Presse versichert, daß zahlreiche Geheimgesellschaften eine Verschwörung gegen die Regierung angezettelt hätten. Die Presse spricht offen von einer Revolution, die zum Ausbruch kommen werde, wenn man es am wenigsten erwarte. In Lissabon und Porto sollen nachts Zusammenkünfte von Carbonari stattfinden, denen zahlreiche Unteroffiziere beizuwohnen. Die Erregung und Unzufriedenheit infolge des Mangels an Nahrungsmitteln nimmt zu. In einigen Kreisen herrscht Mangel. Die Bauern lassen lieber das Land unbestellt, als daß sie dem Staat die hohen Steuern bezahlen.

Die Lage der französischen Landwirtschaft.

Paris, 30. März. (W. T. B.) „Reit Journal“ schreibt: Nach den dem Landwirtschaftsministerium vorliegenden Berichten kann man hoffen, daß die Frühjahrsarbeiten für die Ernte unter verhältnismäßig guten Bedingungen fortschreiten. Es herrscht jedoch großer Mangel an Landarbeitern. Die Verwaltungsabteilung des Ministeriums des Innern fordert deshalb Arbeitslose, besonders belgische Flüchtlinge auf, sich im Nationalbureau für Landwirtschaftsarbeiten Stellung zu suchen. Die Reisefosten nach dem Arbeitsort übernimmt zu drei Vierteln das Nationalbureau, zu einem Viertel der Arbeitgeber.

Verbraunt.

St. Gallen, 30. März. (W. T. B.) Bei einem Brande infolge Umwerfens einer Petroleumlampe verbraunte ein Mann vollständig, ein anderer erlitt. Ein zum Fenster hinausgeschleudertes Kind lenkte unbeleuchtet aufgefunden werden. Fünf Personen wurden über Leben gerettet.

Aus der „Winterschlacht in der Champagne“.

Walffs Telegraphenbureau übermittelt der Presse folgende Kriegsschilderungen:

I.

Der nachstehende Brief des Hauptmanns Br. gibt ein anschauliches Bild von der Art der Kämpfe in der Champagne, die eine ununterbrochene Kette glänzender Taten unserer Truppen darstellen. Mitte Februar hat dort das zähe Ringen zwischen Deutschen und Franzosen um jeden Fußbreit Landes begonnen, und seitdem gehören die Namen Souain, Perthes, Le Mesnil und Vouffroy, die den Kampfplätzen am nächsten liegen, der Geschichte an. So wie der Brieffreier die Verhältnisse und die Kampfbedingungen bei seinem Truppenteil schildert, sind sie auf der ganzen Gefechtsfront gewesen, die der Gegner für seine immer wieder erneuten Versuche zum Durchbrechen der deutschen Stellungen gewählt hatte. Der Angriff ging meist von französischer Seite aus, aber der Gegner sah sich nicht nur einer starren Verteidigung gegenüber, an der bisher im allgemeinen seine Angriffe unter furchterlichen Verlusten für ihn zusammenbrachen, sondern an unermüdlichen Gegenstößen fühlte er den kraftvollen Offenstößgeist unserer Truppen, der sich selbst da betätigte, wo es Mühe genug kostete, sich gegen einen zahlenmäßig überlegenen Gegner zu halten. „Ich schreibe mit Stolz und bewegt“ — sagt der Brieffreier, der mitten im tosenden Kampf stand, und bewegt wird auch der Leser sein, der in der bescheidenen Schilderung die furchtbare Größe der Kämpfe in der Champagne abnimmt.

Das Regiment hat einfach übermenschliche Anstrengungen hinter sich. Wir kamen feinerzeit nach A. Der Divisionsführer eröffnete uns, daß wir alsbald in die Stellung der . . . er lämen. Wir gingen mit Gottvertrauen heran. Mein Kommandeur und ich kamen am Nachmittag nach dem Unterhand in tiefstem Granatfeuer. So was von Granatfeuer hatte ich in meinen kühnsten Träumen mir nicht vorgestellt.

Vereils am ersten Abend und folgenden Vormittag hatten wir Verluste. Aber wir waren doch zuversichtlich und hofften auf bessere Zeiten. Am nächsten und den folgenden Tagen immer dasselbe Bild. Vor- und nachmittags „Trommelfeuer“, wie der fachtechnische Ausdruck für das feindliche Schloß auf Schloß erfolgende Artilleriefeuer hier lautet. Auf unseren Unterstand hatte es die schwere Artillerie abgesehen. Wir konnten nicht herausziehen, ohne große Gefahr zu laufen, von den herumfliegenden Granatsplittern getroffen zu werden. Telefonleitung nach vorn und hinten war fast immer gestört. Daher stets Ungewißheit. Am zweiten Abend erhalten wir die Meldung, daß rechts von uns beim Infanterieregiment . . . die Franzosen durchgebrochen wären. Leider kamen sie so in unseren Verbindungsgraben und flankierten mit M. G. unsere Stellung. Später kamen noch Minenwerfer hinzu, die unseren rechten Flügelkompanien schwere Stunden bereiteten. Aber die Kompanien hielten bewundernswürdig Stand. Sobald die Franzosen unter dem Schutze der Rauchwolken ihrer Granaten vorrückten, und dicht vor der Stellung sichtbar wurden, sanken unsere braven Kerls die Gewehre in der Hand, und jedesmal wurden die Franzosen unter furchtbaren Verlusten zurückgeworfen. Sobald die französische Infanterie zurückzuziehen — es war schauerlich anzusehen —, schloß ihre eigene Artillerie in sie mit aller Macht hinein, um sie so wieder vorzutreiben. Einmal kamen die Franzosen in den rechten Flügel unserer Stellung, aber kaum waren sie da, stürmten unsere Leute mit Blutunterlaufenen Augen vor Hut und Erregung los und machten alles nieder. Da die Franzosen uns fortwährend angriffen, war an irgendeine Abklärung nicht zu denken. Alles vom Regiment war draußen und kämpfte. Als Reserve hatten wir noch eine Kompanie.

Am 4. Tage brachen die Franzosen auch links von uns durch und nun mußte das tapfere 1. Bataillon einen Angriff von vorn, von beiden Flanken und vom Rücken abwehren. Herr Oberst, ich schreibe jetzt mit Stolz und bewegt, wir haben die Stellung gehalten. Mein Jollbreit Boden hat der Franzose bekommen. Hierbei schwerster Bajonettkampf, Major B. kämpfte mit vier Fronten. Das 3. Bataillon ging zur Unterstützung in heftigstem Granatfeuer vor. Viele fielen, aber die Franzosen wurden abgewehrt. Wir standen im Unterhand. Auf einmal kam ein Artillerieoffizier herein und rief erregt, die Franzosen kämen. Wir hatten nichts da außer den Gefechtsordnungen. Wir glaubten nicht daran. Aber kaum waren wir draußen, da sahen wir die ersten etwa 20 Schritt vor uns. Mein Kommandeur sammelte sofort alles, Telefonisten usw. was Gewehr tragen konnte und schwärmte mit uns aus. Wir empfangen die Franzosen mit wohlgezielten Schüssen. Mein Kommandeur schloß allein drei nieder. Es war ein aufregender Moment. Ich lief dann so schnell ich konnte, zur Reservekompanie und holte Verstärkung heran. Die Franzosen kamen da nicht weiter vor. In der nächsten Nacht kam ein Garde-Regiment an und nahm die Stellung rechts von uns ein. Schneidige Kerls, die Garbisten! Sie haben sich brillant geschlagen. Am Morgen des nächsten Tages fiel unser von uns allen begünstigter Kommandeur. Ein Granatsplitter traf ihn ins Gesicht. Er war sofort tot. Ich persönlich werde diesen Augenblick nicht mehr aus dem Gedächtnis verlieren. Es gehörte alle Energie dazu, um den Kopf hoch zu behalten. Kurz vorher hatte er nach vorn den Befehl geschickt, daß er Verstärkungen nicht mehr habe, er sehe aber die Lage nicht als verzweifelt an, hoffe fest, daß das Regiment Gelegenheit bekommen werde, eine glänzende Tat zu vollbringen. Nach sechsstägigem ununterbrochenen Kampfe wurden wir dann vorgerückt am Abend durch ein Garde-Regiment abgelöst. Wir übergeben die Stellung dem Regiment voll und ganz, so, wie wir sie seiner Zeit übernommen hatten.

Der Brigade-Kommandeur der Garde, dem wir in den letzten Tagen unterstanden hatten, schickte uns einen Zettel mit den Worten: „Freue mich sehr, daß Regiment tapfer Stellung voll und ganz behauptet hat.“ Leberhaupt war er rührend zu uns. Ich möchte nicht verfehlen, zu erwähnen, daß uns die Artillerie in über alles Lob erhabender Weise unterstützt hat. Ohne sie wäre es nicht so gegangen. Sie schloß so vorzüglich, daß, sobald Truppenansammlungen an einer Stelle gemeldet wurden, sofort die Granaten in sie einschlugen. Laufende von Franzosen liegen vor der Stellung. Der Gegner, hat schwere Verluste gehabt.

II. Alarm.

(Aus der Kriegszeitung eines Reservekorps.)

Freudestrahlend steht man an einem Februartag die Rheinländer durch die Straßen von . . . ziehen, soll doch das Regiment nach der Ruhe mit Hindernissen eine wirkliche Ruhezeit bekommen. Doch um 8 Uhr heißt es in . . . Alarm“ und eilfertig geht zur Jungburg. Wie wir hören, waren die Franzosen in unsere Gräben eingedrungen, aber zwei Kompanien haben sie bis auf einen Graben wieder hinausgeworfen und dabei 100 Gefangene gemacht. Uns bleibt die Aufgabe, den vom Feinde noch besetzten Graben zu nehmen. Von der Jungburg rücken wir durch den Laufgraben bis in die Nähe des D. . . Wäldchens, wo das Gepäck abgelagert wird. Den jungen Mannschaften schlägt das Herz, aber die alten mahnen zur Ruhe. „Mein Landgranatentrupp vor!“ ruft der Kompanieführer, Oberleutnant Hennes. Ja, das ist eine Elitekompanie. Mit leuchtenden Augen stehen die Werfer, die sich freiwillig gemeldet haben, vor ihrem Führer, der wiederum Wayer Namens Kaiser neben dem leichtlebigen Wehrmann Christian und dem Kriegsfreiwilligen Koch mit seinem Kindergefißt.

Es ist zwei Uhr nachmittags. Zwei Handgranaten von unseren Leuten geworfen, geben das Zeichen zum Angriff. Die Werfer drängen bis auf 20 Meter an den vom Feinde besetzten

Graben heran. Eine Handgranate nach der anderen fliegt in den feindlichen Graben und schreckliches Zammern und Stöhnen dringt an unser Ohr. Auch von unseren Getreten fallen manche. Der tapfere Wayer und der Kriegsfreiwillige liegen verwundet am Boden. „Sandfäden her!“ ruft Oberleutnant Hennes, und der Führer schleppt selbst mit anderen Leuten etwa 100 Säcke heran, die von Hand zu Hand weitergegeben und aufgeschichtet werden. Durch die Schutzwehr werden die Verluste bedeutend verringert. Der Wehrmann Christian liegt vor der Wöschung des feindlichen Grabens und wirft andauernd seine Granaten. „Jong, die soch“, ruft er im Kölner Platt, und ähnliche Ausdrücke folgen jedem Wurfe. Es gelingt uns jedoch nicht, den Feind in der Nacht aus dem Graben zu werfen, und das feindliche Infanteriefeuer dauert, wenn auch ohne größere Wirkung, in der Dunkelheit an. Beim Morgengrauen melden sich Pioniere mit Handgranaten und der tapfere Christian nimmt mit ihnen seine Arbeit wieder auf, dieses Mal aber mit größerem Erfolg, wie lautes Stöhnen im feindlichen Graben beweist. Unsere Leute sehen einzelne Franzosen aus dem Graben klettern und fliehen. Im Augenblick sind die Unseligen aus ihrer Stellung heraus und laufen übers Feld auf den feindlichen Graben zu. Von der anderen Seite drängen Sachsen durch eine unserer Kompanien verstärkt unauffällig vor. Die fliehenden Feinde werden von den Bundesbrüdern niedergemäht. „Hände hoch! Nieder die Waffen!“ es ist als hätten die Franzosen den Ruf verstanden, denn viele von ihnen folgen ihm. Etwa 150 Mann, darunter einige Offiziere, ergeben sich, und zwei Maschinengewehre bleiben in unseren Händen. Der Graben ist angefüllt mit gefallenen und verwundeten Franzosen, die die Straße dahinter ist mit ihnen bedeckt. Aber auch die Reihen der Rheinländer und Sachsen weisen Lücken auf. Von den acht Tapferen des Handgranatentrupps ist nur einer unverwundet zurückgekehrt. Als aber zwei Tage nach dem heißen Kampf der Kompanieführer wieder freizuliegen für den Handgranatentrupp vorzreten ließ, waren sofort die entstandenen Lücken wieder geschlossen.

III.

Bilder aus der Tätigkeit der Pioniere in den Kämpfen geben die folgenden Berichte. Die Pioniere, die in früheren Feldzügen, ja bis zu Beginn dieses Krieges als eine Art Hilfswaffe galten, haben in dem Stellungskampf eine führende Rolle übernommen. Sie haben nicht nur die Leitung bei dem Ausbau der Stellungen und sind technische Berater und Geiseln der übrigen Waffen, sondern häufig sind sie es, die der Infanterie mit den modernen Verfürgungsmitteln wie Minenwerfer, Sprengminen, Handgranaten und anderem den Weg bahnen. Die große Dienste sie hierbei durch den sie lebendigen Offenstößgeist sogar im selbständigen Angriff, auf ihre Kühnheit und die gewandte Handhabung ihrer Kampfmittel vertrauen, leisten können, beweisen die folgenden Zeilen.

. . . In Erwartung eines feindlichen Angriffes war das Zielungs-Kommando, soweit es nicht an anderer Stelle tätig war, alarmbereit, Handgranaten waren zurechtgelegt. Zwischen 12 und 2 Uhr nachmittags machte der Pionier Noos, der nach vorne beobachtete, die Wahrnehmung, daß Franzosen durch den rechten Flügel der vorgehenden Zwischenstellung in die Artilleriestellung oberhalb der Pionierunterstände einbrachen, ohne Widerstand zu finden, da dieser Teil der Artilleriestellung nur von einzelnen Infanteristen besetzt war.

Daraufhin gingen Unteroffizier Breuer, die Gefreiten Brunne und Klosterhalsen sowie die Pioniere Noos, Weibel, Hohenbild und Kubat vor, verteilten sich und waren in den von Franzosen bereits dicht besetzten Graben Handgranaten, deren furchterliche Wirkung zu sehen war, keiner der Franzosen wagte den Kopf hochzunehmen! Ein Offizier stand aufrecht im Graben und holte durch die Zwischenstellung immer mehr Leute heran, um sich an der schon besetzten Stelle festzusetzen und weiter durchzustoßen. Schließlich wurde er durch eine wohlgezielte Handgranate zerstückelt. Daraufhin machten die durch die Zwischenstellung noch herantommenden Franzosen lehr, und Pionier Noos ging mit Handgranaten bis dicht an den Grabenrand vor. Ein französischer Infanterist rief ihm entgegen: „Pardon, pardon, fünfzehn Jahre alt“, worauf die gesamte noch lebende Besatzung von 34 Mann von den Pionieren gefangen genommen wurde. Noos und Klosterhalsen holten noch die schwerverwundeten Leute aus dem Graben heraus.

Durch den sofort angelegten Handgranatenangriff wurden die Franzosen im Graben niedergebunden, die noch andringenden, besonders nach zielbewusster Vereitelung ihres tapferen führenden Offiziers, zurückgeschlagen, und so der Angriff an dieser Stelle niedergebämpft. Hätte man den Franzosen Zeit gelassen, so wäre der Graben nur unter schweren Verlusten wiederzugewinnen gewesen.

Der Erfolg wurde mit einem Gefallenen (Pionier Kubat) und zwei Verwundeten erkauft. Sämtliche Leberlebenden wurden mit Ausnahme des Unteroffiziers, der das Eisener Kreuz I. Klasse bereits erworben hat, für den mit Schneid und Malblütigkeit durchgeführten Angriff zum Kreuz vorgeschlagen.

IV. Aus der Kriegszeitung eines Reservekorps.

Den Franzosen war es gelungen, einen Teil des Schützengrabens des Regiments A. zu nehmen und sich dort einzurichten. Die tapfere Bedienung des Scheinwerfers und der Minenfelder hatte treu auf ihrem Posten ausgeharrt und den Helldentos gefunden. Der Graben mußte wiedergenommen werden. Leutnant Frohheim vom Pionier-Bataillon stellte den völlig zerstückelten Pionierunterstand von 9 Uhr abends bis 8 Uhr morgens mit über 1000 Sandfäden bis zu dem vom Feinde besetzten Stelle wieder her. Am Nachmittag griff Vizefeldwebel Oswald vom Pionier-Bataillon mit einer Sturmkompanie und Handgranaten von rechts an, während von links Leutnant Frohheim gegen den Feind drückte. Nachdem der Leutnant die erste Handgranate geworfen hatte, räumte der Gegner das erste Schützenloch, nach der zweiten das zweite Loch. Ein Leberleben der feindlichen Besatzung war nicht möglich, da der Gegner sie von rückwärts unter Feuer hielt. Leht gewann aber unsere Infanterie die Feuerüberlegenheit über die obere Grabenlinie, und das weitere Vorgehen wurde unter Mitwirkung von zwei Infanteristen möglich. Inzwischen machte sich auch die Wirkung unserer vortrefflich schießenden Artillerie und des von den Pionieren ausgeübten beiderseitigen Druckes geltend. Von Trabesje zu Trabesje vordringend, warf Leutnant Frohheim mit seinen Pionieren 25 Handgranaten. Das wurde den Franzosen zu viel. Querschritt einzeln, dann gruppenweise stürzten sie aus dem Graben und flohen über das offene Feld in der Richtung ihrer eigenen Gräben zurück. Während dieser regellosen Flucht wurden sie unter hartem und erfolgreichem Feuer aus dem Pionierunterstand genommen. Gleichzeitig stürzten Teile des Infanterieregiments . . . unter Führung des Hauptmanns Vestren vor und es gelang, den ganzen Graben unter auffallend niedrigen Verlusten unsererseits wieder zu erobern. Wir verloren 5 Mann, während die Franzosen ungefähr 300 einbüßten; der ganze Graben lag voll von ihren Toten und Verwundeten.

Unsere Pioniere haben hier wieder einmal gezeigt, welch glänzender Mut und Tatendrang in ihnen steckt.

Die Kriegsgetreide-Gesellschaft.

Die zahlreichen Angriffe verschiedener Interessenten auf die Kriegsgetreide-Gesellschaft sucht eine amtliche Denkschrift zu widerlegen, der wir folgendes entnehmen: „Wenn heute in der Kriegsgetreide-Gesellschaft eine Organisation besteht, in deren Aufgabe es mitbedingend liegt, den wirtschaftlichen Ansprüchen von Landwirten einerseits, Millären und Getreideverbraucher andererseits, den verschiedenen landwirt-

schaftlichen Verhältnissen von Ost und West und auch den verschiedenen verfassungsmäßigen Eigentümlichkeiten innerhalb unseres Landes gleichzeitig gerecht zu werden, so ergibt sich ohne weiteres, daß die Gründung eines solchen zentralen Unternehmens zur Getreideversorgung Deutschlands nur unter den härtesten und unabwiesbaren Forderungen des Weltkrieges ins Auge gefaßt und durchgeführt werden konnte. In der Tat ist tatsächlich die Idee wie die Entwicklung der Kriegsgetreide-Gesellschaft ganz aus dem Zwang der Verhältnisse herausgewachsen, sie hat sich fortwährend dem Wechsel der Verhältnisse anpassen müssen. War doch zunächst die Kriegsgetreide-Gesellschaft nur als eine Unternehmung gedacht und gegründet worden, welche verhüten sollte, daß unsere Getreidevorräte allzu rasch aufgebraucht würden, welche dementsprechend Vorräte ansammeln und diese nach dem 15. Mai wieder veräußern sollte. Als dann die Bewegung einsetzte, nach dem Muster einer belagerten Festung die gesamten verfügbaren Getreidemengen in Deutschland bis in die Zeit der neuen Ernte hinein zu beschlagahmen und auf den Kopf der Bevölkerung zu verteilen, und zu diesem Zweck die Bundesratsverordnung vom 25. Januar 1915 geschaffen wurde, ergab sich die Notwendigkeit, die Aufgaben der Kriegsgetreide-Gesellschaft zu erweitern und sie zum Mittelpunkt in der Durchführung dieses Geschäftes zu machen.

Indem so die Kriegsgetreide-Gesellschaft zu dem eigentlichen Getreideversorger des überwiegenden Teils des Deutschen Reiches wurde, wurde sie gleichzeitig der Brennpunkt für alle Interessensgegenstände, die oben angedeutet wurden, und der Fall, den Buchenberger so klar vorhergesehen hatte, scheint in eine bedrohliche Nähe gerückt zu sein.

Hierzu kommt aber eine weitere Komplikation. Wenn schon die Gegner des Antrages Kanis die veraltungstechnischen Schwierigkeiten eines Getreidemonopols im Frieden nicht stark genug unterstreichen zu müssen meinten, so lassen sich diese Schwierigkeiten im Kriege überhaupt nur dann überwinden, wenn es gelingt, der anormalen Verhältnisse, die zu den normalen Schwierigkeiten eines Getreidemonopols noch hinzutreten, Herr zu werden. Es gibt kein Gebiet, mit dem sich die Kriegsgetreide-Gesellschaft zu befassen gehabt hat, welches nicht jenem kriegswirtschaftlichen „Ausnahmestande“ unterliegt wäre. Während bei der Schaffung eines zentralistischen Getreidemonopols im Frieden naturgemäß so verfahren werden würde, daß die Maßnahmen zu einer Zeit einsehen würde, in welcher eine annähernd normale Verteilung der Getreidevorräte durch den freien Verkehr hätte gefunden hätte, kam die ganze kriegswirtschaftliche Regelung der Getreideversorgung plötzlich und unvorbereitet und die Beschlagnahme erfolgte zu einem Zeitpunkt, an welchem einzelne Distrikte in Deutschland außerordentlich große Mengen Brotgetreide oder Mehl in ihren Besitz gebracht hatten, während andere, die minder vorzüglich gewesen waren, einen akuten Mangel an Vorräten empfanden. So entstanden unmittelbar nach dem Inkrafttreten der neuen Bundesratsverordnung die sogenannten „Kaisersche“ einzelner Kommunalverbände, denen die Kriegsgetreide-Gesellschaft ohne Rücksicht auf die Ökonomie der Transportwege abstellen mußte. Es ist selbstverständlich, daß sich hierdurch einzelne Distrikte ebenso benachteiligt fühlten, wie andere die Kriegsgetreide-Gesellschaft als Helferin in der Not betrachteten. Ein ähnlicher Konflikt zeigte sich in dem Augenblick, wo die Kriegsgetreide-Gesellschaft an den Verkauf ihres Mehls und damit an die Feststellung von Mehlpreisen herantreten mußte. Entsprechend ihrer kausalen Aufgabe, für die Versorgung des deutschen Volkes mit Getreide bis in die neue Ernte hinein zu wirken, konnte die Kriegsgetreide-Gesellschaft zunächst nicht einen Mehlpreis festsetzen, wie er etwa unter Zugrundelegung der Getreidebeschaffungspreise und der normalen, friedenmäßigen Marge zwischen Getreidepreis und Mehlpreis zu Stande gekommen wäre. Denn die Kriegsgetreide-Gesellschaft sollte ja nicht heute kaufen und morgen verkaufen, sondern sie sollte eine bestimmte Menge von Brotgetreide ankaufen und deren Verkauf über einen langen Zeitraum verteilen. Ein derartiges Geschäft schloß ohne weiteres eine Reihe von Faktoren in sich, die im Voraus nicht zu übersehen oder abzuschätzen waren, die aber doch in die Kostenberechnung einzustellen waren und damit auch die Preisfestsetzung beeinflussen mußten. Wieder zeigte es sich, daß die Kriegsgetreide-Gesellschaft in zahlreichen Fällen nothgedrungen „unwirtschaftlich“ verfahren, daß sie ohne Rücksicht auf Transportkosten, Zinsverluste oder Speise das Getreide im Deutschen Reich bewegen und dem lokalen Bedarfe überweisen mußte; es war ferner der höhere Maßlohn in Rechnung zu stellen, welchen die Mühlen gerechterweise zu empfangen hatten, weil sie ihren Betrieb nicht in vollem Umfange aufrechterhalten konnten und außerdem die Lagerung zu übernehmen hatten; schließlich aber hatte die Kriegsgetreide-Gesellschaft auch eine schon schätzbar einsetzende Vorzüge für unvorhergesehene Kosten in Rechnung zu stellen, wie die Einstellung eines kostspieligen technischen Betriebs, um etwaige Mengen feuchten Getreides, das in normalen Zeiten gar nicht vermahlen wird, für den menschlichen Verbrauch zu erhalten. All diese Momente bewirkten in ihrer Zusammenfassung, daß man es in der Kriegsgetreide-Gesellschaft zunächst für notwendig befand, wohl mit den Mehlpreisen unter dasjenige Niveau herabzugehen, welches zuvor im freien Verkehr geherrscht hatte, daß man aber doch der Differenz zwischen Getreidebeschaffungspreis und Mehlpreis noch einen weitgehenden Spielraum ließ. Da nun einzelne Kommunalverbände, auf deren Preisstellung alle jene Verteilungsmomente nicht zuträfen, den Preis des Mehles erheblich niedriger festsetzen konnten, so geriet die Kriegsgetreide-Gesellschaft in Krisen, welche die ganze Frage in erster Linie vom Standpunkt der Konsumenten behandelten, in den mehrwöchigen Verdacht, die Mehlpreise ungebührlich hochzuhalten. In Wirklichkeit war der Anfang jener Preispolitik der Kriegsgetreide-Gesellschaft, der nunmehr eine weitere Herabsetzung der Mehlpreise folgt, nichts weiter als eine Maßnahme der Vorsorge. Diese wiederum ergab sich aus einer Beherzigung der leider bei uns zu spät gemachten Erfahrung, daß es bei unserer Getreideversorgung im Kriege weit weniger auf die Frage des Preises als auf die Frage des Vorrates ankommt, so wichtig vom sozialen Standpunkt auch die Frage der Verteilung sein mag und so behauerlich es der Kriegsgetreide-Gesellschaft erschien, zunächst die Konsumenten enttäuschen zu müssen.

Wir behalten uns vor, auf diese Denkschrift, insbesondere auf ihren von uns heute nicht wiedergegebenen Schlusssatz, ausführlich und kritisch einzugehen.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Das Gelbbuch Frankreichs.

Von der Sammlung „Dokumente zum Weltkrieg“, herausgegeben von Eduard Bernstein, N. d. R., erschien im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, nunmehr auch der erste Teil des französischen Gelbbuches. Die diplomatische Korrespondenz des Auswärtigen Amtes der Republik unterzeichnet sich in verschiedener Hinsicht von den diplomatischen Veröffentlichungen der Regierungen der anderen kriegführenden Staaten. Jene greift insbesondere zeitlich weiter aus, als diese, und außerdem trägt erstere einen ziemlich stark ausgeprägten polemischen Charakter.

Das vorliegende Heft umfaßt die Urkunden zu den Verhandlungen vor den Kriegserklärungen Deutschlands an Rußland und an Frankreich.

Der Preis des Heftes beträgt 30 Pf. Es ist in allen Parteiluchhandlungen vorrätig. Dort sind auch alle früher erschienenen Hefte dieser Sammlung zu haben.

An unsere Abonnenten!

Wir bitten, um in der Zustellung unseres Blattes keine Verzögerung eintreten zu lassen, Wohnungsänderungen möglichst frühzeitig einer unserer Expeditionen oder der Hauptexpedition SW. 68, Lindenstraße 3, schriftlich anzeigen zu wollen.

Die Hauptexpedition.

Bewerbungen um Kartoffelland.

Die gemeinnützige „Genossenschaft zur landwirtschaftlichen Verwertung von Baugebieten“, die unter der Mitwirkung der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung vor kurzem ins Leben gerufen worden und über deren Vorarbeiten an dieser Stelle bereits berichtet worden ist, wird in der nächsten Zeit mit der Verteilung des Geländes an die einzelnen Lohinhaber beginnen.

Zurzeit sind als brauchbar befunden und mit den betreffenden Besitzern, Gemeinden und Privatpersonen, feste Abmachungen getroffen, insgesamt 924 Morgen. Die Gemeinden, in denen die Gelände liegen, sind diese: Berlin-Serstraße 16 Morgen, Heinersdorf 13 Morgen, Hohen-Schönhausen 240 Morgen, Lichtenberg 40 Morgen, Lichterfelde 90 Morgen, Rahlsdorf 16 Morgen, Mariendorf 30 Morgen, Nieder-Schönhausen 76 Morgen, Kottbus 35 Morgen, Pankow 105 Morgen, Schöneberg 77 Morgen, Tempelhof 185 Morgen, darunter das Tempelhofer Feld von der Velle-Alliance-Straße linksseitig mit 160 Morgen, Wittenau 82 Morgen und Zehlendorf 110 Morgen.

Wie auf vielen Gebieten, wo es sich um das Interesse der weiten Schichten der minderbemittelten Bevölkerung handelt, so hat auch auf diesem gemeinnützigen Gebiete die kommunale Zersplitterung Groß-Berlins dazu geführt, daß sich einzelne Vorortgemeinden in eine Gesamtheit glauben nicht einfügen zu brauchen, sondern für sich wusteln. Insbesondere sind die Gemeinden Lankwitz und Tegel zu benennen. Erstere Gemeinde verlangte naiv, die Genossenschaft solle ihr das zur Verfügung stehende Land zu den Selbstkosten bestellen, die weiteren Dispositionen wolle sie selbst vornehmen. Der Vorstand der Genossenschaft hat ein solches Ansinnen kurzerhand abgelehnt.

Da für die Groß-Berliner Bevölkerung das Gelände in Kottbus als zu weit liegend ausscheiden dürfte, bleiben 889 Morgen übrig, für die circa 5000 Bewerber in Frage kommen. Es wird jedoch bemerkt, daß eventuell noch einiges Gelände hinzukommen kann, da zurzeit die Verhandlungen nicht völlig abgeschlossen sind.

Zweck dieser Zeilen ist, die Mitglieder der Organisationen darauf hinzuweisen, sich nunmehr um ein Stück solchen Landes zu bewerben. Deshalb werden numerierte Bewerbungsscheine ausgegeben, die im Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission, in den Bureaus der einzelnen Gewerkschaften sowie in Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft zu haben sind. Auf diesem Bewerbungsschein ist die Frage nach dem Vor- und Zunamen, dem Stand oder Beruf, dem Geburtsort und -datum und der Organisationszugehörigkeit enthalten. Außerdem ist die Frage gestellt, in welcher Gegend oder Himmelsrichtung Berlins oder des Vorortes das Land gewünscht wird. Der Bewerbungsschein, mit dem noch kein Anrecht auf Ueberlassung eines Landstückes erworben wird, verbleibt an der Stelle, wo er unterschrieben ist. Einen an dem Bewerbungsschein hängenden Kupon behält der Bewerber. Die Lage der Gelände, die zum Teil wiederum in einzelne Blöcke zerfallen, werden durch Aushängen von Plänen noch näher bekanntgegeben werden. Hat der Bewerber sich das Gelände und — sofern das letztere in Blöcke eingeteilt ist — auch die Nummer des Blocks ausgewählt, so übergibt oder übersendet er diesen Kupon, der die gleiche Nummer wie der Bewerbungsschein trägt, an die Stelle, wo er den Bewerbungsschein unterschrieben hat. Ein doppeltes Meldebüro, vielleicht in einem Gewerkschaftsbureau und zugleich in einer Verkaufsstelle, hat unter allen Umständen zu unterbleiben. Sämtliche Kuponen gehen an die Zentralstelle der Genossenschaft. Von dort aus wird die Verteilung auf den einzelnen Geländebereichen Blöcke durch das Los vorgenommen. Ist das Land zugeteilt, so erhält der Lohinhaber seine Lohinhaberkarte und einen Pachtvertrag. Bei der Empfangnahme der Lohinhaberkarte ist eine Anzahlung von 7,75 M. zu leisten und weiter eine von Anfang April wirkende Abzahlung von 75 Pf. pro Woche, nicht 60 Pf., wie es durch einen Druckfehler in einem Flugblatt heißt. Der Gesamtpreis des Landes, 440 Quadratmeter oder 30 Quadratrunder oder ein sechstel Morgen, kostet 25 M. und ist bis Anfang September d. J. zu tilgen. Wer die Mittel besitzt, kann selbstverständlich den Betrag auf einmal oder in größeren Raten bezahlen. Das überlassene Land ist gepflügt und gedüngt und mit Einsaat (Winterkartoffeln) versehen. Der Lohinhaber hat als seine Arbeit das Bekämen, Jäten und das Einern des Landes, welches Interessenten selbst beackern bzw. graben und mit eigener Einsaat versehen wollen, wird von der Genossenschaft nicht vergeben. Interessenten mit solchen Wünschen müssen sich entweder an Gemeinden, die solches Land zur Verfügung stellen, oder an den Verband der Laubentkolonisten wenden.

Um vielfach geäußerten Wünschen entgegenzukommen, werden neben den 400 Quadratmetern Kartoffelland weitere 100 Quadratmeter gedüngten und gepflügten Landes zum Gemüßbau zur Verfügung gestellt. Die Selbstkosten der Bearbeitung dieses Stück Gemüßlandes sind mit 5 M., und zwar in zwei Raten, der Genossenschaft zu erlassen. Ein solcher Wunsch ist auf den Bewerbungsschein zum Ausdruck zu bringen. Die Einsaat zu diesem Gemüßland muß der Lohinhaber selbst stellen; inwiefern eine preisangemessene Abgabe von Samen usw. von der Genossenschaft erfolgen kann, wird noch mitgeteilt werden.

Das Unternehmen der Genossenschaft ist weder identisch mit dem schon erwähnten Verband der Laubentkolonisten noch mit dem in letzter Zeit vielgenannten „Kriegsvorschuss für Gemüsebau“. Es wird dies deshalb ausdrücklich hervorgehoben, weil vor einigen Wochen in bürgerlichen Blättern Notizen erschienen, in denen alles bunt durcheinander gewürfelt und damit nur Verwirrung angerichtet wurde. Dasselbe gilt auch von den Notizen von einzelnen Vorortgemeinden.

Es wird erwartet, daß die Berliner organisierte Arbeiterschaft von diesem Angebot reichlich Gebrauch machen wird.

Nochmals die Stadt Schöneberg und die Arbeitslosenunterstützung.

Zu diesem schon mehrfach in unseren Spalten behandelten Thema wird uns aus Gewerkschaftskreisen geschrieben:

Ronatelang dauern bereits im Schöneberger Stadtparlament die Verhandlungen über eine Grundlage, auf der ein Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften betreffs der Arbeitslosenfürsorge möglich sei. Während man in anderen Gemeinden nach kurzen Verhandlungen mit den Gewerkschaften die Angelegenheit in einer alle Teile zufriedenstellenden Weise regeln konnte, stellen sich in Schöneberg immer wieder neue Schwierigkeiten der Regelung entgegen. Schwierigkeiten, von denen der Unbefangene und der Wissende annehmen muß, daß sie bei den Haaren herangezogen werden.

Schöneberg gehörte von den Groß-Berliner Gemeinden zu denjenigen, die als erste mit den Gewerkschaften die Arbeitslosenunterstützungsfrage geregelt hatte. Ueber die Durchführung derselben waren bei den Gewerkschaften manche Ausstände vorhanden. Zur Abheilung der Rißstellen sollten Verhandlungen stattfinden, die der Ausbruch des Krieges verhindert hat.

Mit Wirkung vom 12. Oktober 1914 wurde nun von der Stadtgemeinde (siehe „Vorwärts“ vom 16. Oktober 1914) das Arbeitslosen-Unterstützungsreglement aufgehoben und, ohne die Gewerkschaften zu fragen, eine erneute Regelung in der Arbeitslosenfürsorge vorgenommen.

In dem damaligen Beschluß des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung heißt es unter c):

„Soweit Arbeiter und Angestellte von ihrer Berufsvereinigung Arbeitslosenunterstützung erhalten, wird die nach diesen Bestimmungen zu gewährenden städtische Unterstützung als Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Die Klassen der Berufsvereinigungen voraussetzen den Betrag des städtischen Zuschusses und reichen in jedem Monat der Deputation die Berechnung ihrer Auslagen nebst den dazu gehörenden Unterlagen für die Zeit vom 1. bis zum letzten des vorangegangenen Monats ein. Der Zuschuß wird innerhalb drei Wochen nach Einreichung an die einzelnen Klassen abgeführt.“

Gegen diese einseitige Regelung wandten sich die Gewerkschaften mit Recht. Sie konnten unter keinen Umständen ihre Mitglieder einer derartigen Regelung unterwerfen, dies um so weniger, als die Unterstützung in Form von Zuschüssen, „weil das Arbeitsamt Arbeit, die es für passend hielt, nachgewiesen habe“. Es blieb also ganz dem subjektiven Ermessen des Schöneberger Arbeiternachweisers überlassen, die Arbeit für passend zu halten, um die Unterstützung in Form von Zuschüssen zu zahlen. Die Höhe des Zuschusses blieb der Ablehnung der Bedingungen durch die Gewerkschaften fanden im Ausschusse der Stadt Schöneberg und mit den Gewerkschaftsvertretern Verhandlungen statt, die zu keinem Ergebnis führten. Trotzdem verbreitete das Schöneberger Lokalblatt als auch hiesige Tageszeitungen unter der Ueberschrift: „Einigung der Stadt Schöneberg mit der Gewerkschaftskommission“ Mitteilungen, die geeignet waren, die öffentliche Meinung irrezuführen. Die Gewerkschaftskommission schwieg, weil die Frage der Unterstützung für ihre Mitglieder nicht mehr allzu brennend war, andererseits auch, um abzuwarten, wie sich die Dinge weiter entwickeln würden.

Nunmehr bringt die „Volkszeitung“ vom 30. März 1915, Nr. 183, einen Bericht über die Stadtverordnetenversammlung vom 29. März, in dem es heißt, daß die Versammlung den Grundfähen über anzunehmende Einigungsverhandlungen mit der Gewerkschaftskommission ihre Zustimmung erteilte. Soweit aus dem Bericht zu ersehen, handelt es sich um Grundfähen, denen zugestimmt werden kann. Eine derartige Regelung hätte aber schon lange stattfinden können, wenn man den Vorschlägen eines Unparteiischen, unter dessen Vorsitz Vertreter der Gewerkschaften mit dem Vertreter der Stadt Schöneberg verhandelten, zugestimmt hätte.

Nach neuerdings hat man von den Gewerkschaften verlangt, daß die bei der Stadt Schöneberg eingereichten Listen der zu unterstützenden Gewerkschaftsmitglieder den Vermerk „Bedürftig“ hinter jedem einzelnen Namen tragen sollten. Das damit die Grundfähen der Gewerkschaften bezüglich der Arbeitslosenunterstützung über den Haufen gerannt worden wären, braucht wohl an dieser Stelle nicht erst noch betont zu werden. Sollte diese Bestimmung nicht in den „Grundfähen“ der Stadt Schöneberg enthalten sein, was aus dem Bericht nicht hervorgeht, so wären die Verhandlungen, noch ehe sie begonnen, als gescheitert zu betrachten. Die Stadt hat es ja in der Hand, an der Hand der von den Gewerkschaften eingereichten Listen die Bedürftigkeitsfrage zu prüfen und den Gewerkschaften mitzuteilen, daß A. B. C. keinen Anspruch auf den städtischen Zuschuß habe, da die Bedürftigkeitsfrage verneint worden ist. Damit hätte die Stadt dem Beschluß des Provinzialausschusses Rechnung getragen und ginge der Erstattung durch die Provinz nicht verlustig. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Die Gewerkschaften werden abwarten, bis man an sie wegen Verhandlungen über die Grundfähen herantritt und werden dann ihrer Meinung Ausdruck geben. Hoffentlich lassen die Verhandlungen nicht ebenso lange Zeit auf sich warten, wie die Verhandlungen über die Grundfähen bisher gedauert haben.

Die Frage eines zu gewährenden Vorschusses an die Gewerkschaften müßte natürlich auch erledigt werden, da, gewißig durch die Erfahrungen, die Gewerkschaften kaum Lust und Reizung zeigen dürften, der Stadt Schöneberg wie bisher die vorausgelagten Gelder monatelang zu stunden. Nach fast sechsmonatigem Warten ist jetzt der letzte Rest der unter den alten Bestimmungen vorausgelagten Beträge an die Gewerkschaften nach mehrmaliger Mahnung und Klageandrohung gezahlt worden.

Auch in der Stadtverwaltung Schöneberg sollte man das segensreiche Wirken der Gewerkschaften in der Kriegszeit erkannt haben und sollte die Gewerkschaften als gleichberechtigt im Wirtschaftsleben anerkennen.

Aus Groß-Berlin.

Die Wirkung des Krieges auf den Straßenbahnverkehr.

Im Hotel Adlon tagte gestern vormittag die Generalversammlung der Großen Berliner Straßenbahn. Dabei war vertreten ein Aktienkapital von mehr als 46 Millionen Mark mit 117.500 Stimmen. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Geheimrat Kommerzienrat Arnold, eröffnete die Sitzung mit der Mitteilung, daß bis jetzt mehr als 150 tätige Beamte des Unternehmens im Kriege gefallen seien, und daß außerdem der frühere Direktor der Gesellschaft, Geheimrat Regierungsrat Köhler, verstorben ist. Hierauf wurde in die Besprechung des Vorstandsberichts eingetreten.

Der Bericht hebt hervor, daß die ersten sieben Monate des Berichtsjahres bis zum Kriegsausbruch ein Nachlassen des Verkehrs zeigten, das durch die Betriebsausdeh-

mungen der Hoch- und Untergrundbahn, der Kraftomnibusse und der städtischen Straßenbahnen hervorgerufen wurde. Eine wesentliche Einschränkung des Verkehrs brachte der Ausbruch des Krieges mit sich. Ueber 6000 Angestellte wurden zu den Fahnen einberufen. Erst nach und nach konnte Ersatz geschaffen werden, so daß sich am Schluß des Berichtsjahres die Verkehrseinschränkungen auf etwa 15 Proz. bemessen lassen. Auf den gesamten Linien der Großen Berliner Straßenbahn wurden im Berichtsjahre rund 426 Millionen Personen befördert gegen 496 Millionen im Vorjahre. Die Einnahmen aus dieser Beförderung betrugen annähernd 41 Millionen Mark gegen 44 Millionen Mark des Vorjahres. Für Gehälter und Löhne erforderte das letzte Jahr eine Ausgabe von 15 1/2 Millionen Mark gegen 16 Millionen Mark im Vorjahre. Am Schluß des Jahres betrug die Gleislänge 600.000 Meter. In den sieben Friedensmonaten beschäftigte die Gesellschaft 12.785 Personen, während der fünf Kriegsmo-nate 9546 Personen. Der Gewinn aus dem Betriebesjahr stellt sich auf 6.565.800 M., wovon eine Dividende von sechs Prozent auf das Aktienkapital von 100.082.400 M. vorge schlagen wird. Die gesamten Abschreibungen sind auf 4.857.194 M. bemessen gegenüber 5.182.999 M. im Vorjahre. Von der Bruttoeinnahme sind an die Stadt Berlin und andere Gemeinden 3.203.367 M. gezahlt worden gegen 3.206.674 M. im Vorjahre. Der Reservefonds beträgt augenblicklich 12.089.490 M.

Bei der

Besprechung des Geschäftsberichts

rügte ein Aktionär Mängel im Betriebe, wobei er sich auf die Kritik der Tagespresse berief. Er wünschte mögliche Abschaffung der alten Wagen und eine Beseitigung der langen Linien, namentlich der Ringlinien und Einführung von Umsteigeбилетts zu 15 Pfennig. Gegen diese Anregungen wandte sich Direktor Otto. Er hob namentlich hervor, daß die Unregelmäßigkeiten, die sich zeitweise im Fahr betriebe geltend gemacht hätten, auf den Mangel an Ausbildungskräften zurückzuführen seien. Alle Beamten und Angestellten hätten ihr möglichstes geleistet. Später sei auf kurze Zeit ein Angebot von Arbeitskräften eingetreten, es sei aber bald wieder abgeflaut, da die Industrie bessere Löhne zu zahlen vermöge. Die jetzt noch bestehenden Verkehrsbeschränkungen würden gänzlich wieder schwinden, wenn erst noch mehr Frauen ausgebildet seien. Besonders Schwierigkeiten hätten sich herausgestellt, als von der Betriebsverwaltung eine Reihe von Materialen, die für den Betrieb unbedingt erforderlich waren, gesperrt wurde. Nur ganz allmählich sei es möglich gewesen, diesen Mängeln abzuhelfen. Die Forderung, alle alten Wagen auszu-rangieren, sei undurchführbar, wenn man bedenke, daß dieser alte Wagenpark mit vierzig Millionen Mark zu Buch stehet. Der Etat würde dann ein solches Geschäft bekommen, daß für die nächsten Jahre an eine Verteilung von Dividenden überhaupt nicht zu denken sei. Es werde ferner viel über die Ueberfüllung einzelner Wagen gellacht. Hieran trage das Publikum selbst die Hauptschuld. (.) Außerdem könnten während der Kriegszeit einzelne Unbequemlichkeiten getrost in Kauf genommen werden. Uebrigens bestreite ja das politische Verbot der Ueberfüllung der Wagen noch immer, wenn auch die Behörde jetzt in dieser Hinsicht ein gewisses Entgegenkommen zeige. Eine Verkürzung der langen Linien würde einen Umsteigezwang herbeiführen, der von den Fahrgästen ganz bestimmt nicht gewünscht werde. Umsteigeбилетts ohne eine Tarif-erhöhung seien überhaupt undurchführbar. An Stelle des verstorbenen Direktors Stern von der Nationalbank für Deutschland wurde der Direktor dieser Bank Hans Winterfeld als achtzehntes Mitglied in den Aufsichtsrat gewählt.

Berlin-Charlottenburger Straßenbahn.

In der Generalversammlung der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn waren von 6.048.000 M. Aktienkapital 5,98 Millionen Mark durch die Große Berliner Straßenbahn als einziger Aktionär vertreten. Vorschlagsgemäß wird der verfügbare Reingewinn von 9473 M. (i. B. 34.340 M.) auf neue Rechnung vorgezogen, so daß eine Dividende (i. B. 1/2 Proz.) nicht zur Verteilung gelangt, obwohl der letztjährige Ueberfluß von 1,8 Millionen Mark den vorjährigen noch um 79.439 M. übersteigt. Die Dividendenlosigkeit erklärt sich aus dem Umstand, daß den beiden Erneuerungsfonds dreimal 225.000 M. (gegen 50.000 M. im Vorjahr) überwiesen werden; da größere Umbauten und Anlagen im nächsten Jahre eine stärkere Inanspruchnahme dieser Mittel bedingen.

Familien-drama.

Gestern vormittag wurden der 67 Jahre alte Rentier Friedrich Weber und seine Ehefrau Luise, geborene Warbed, 61 Jahre alt, in ihrer Wohnung, Berlin, Schöferstr. 11, tot aufgefunden. Weber hat seine Frau anscheinend mit deren Einverständnis erschossen und sich dann selbst erhängt. Der Grund zu der Tat ist in schlechter Vermögenslage zu suchen; eine Schuld dritter kommt nicht in Frage.

Amzugservreffung wird jetzt in ziemlich großem Umfange getrieben. Die Oyster sind insbesondere altstehende Frauen und Kriegserkrankten, deren Männer im Felde stehen, die Vererber durchweg Zielteute. Diese vereinnbaren zwar bei den Amzügen vorher einen Preis, steigern ihn aber, sobald sie die Einrichtung ganz oder zum Teil auf die Straße hinaus gebracht haben, auf das Doppelte und Dreifache mit der Drohung, sie würden alles stehen und liegen lassen und mit dem letzten Wagen davonfahren, wenn das Verlangte nicht bezahlt werde. Weichwerden über dieses gemeingefährliche Treiben sind sowohl bei dem Oberkommando, als auch bei dem Polizeipräsidenten eingelaufen. Jetzt beschäftigt sich die Kriminalpolizei damit und ersucht, um dem Unwesen gründlich ein Ende zu machen, alle diejenigen, die solchen Amzugswidern in die Hände gefallen sind, sich bei ihr im Zimmer 103 des Polizeipräsidenten zu melden.

Umsenkung von Straßenbahnlinien. Die Straßenbahn muß wegen des Baues der Nordbahn die Gleisanlage auf dem Kreuz-damm Friedrich- und Oranienburger Straße ändern und deshalb die Stelle in den Nächten vom 7. zum 8. und vom 13. zum 14. April von 12 Uhr an sperren. Es treten deshalb dann folgende Um-lenkungen ein: Linie 1 über Oranienburger Tor, Chausseestraße, Invalidenstr. Luffenstr. Maripl. 19, 28 und 29 über Invaliden-, Brunnens-, Kottbuscher Straße, Hagedorn-Platz; 18 über Maripl., Luffen-, Dorotheenstr.; 43 über Chaussee-, Invaliden-, Luffen-, Dorotheenstr.; 52 über Schönhauser Tor, Rosenhale-Platz, Oranienburger Tor, Chaussee-, Invaliden-, Luffenstr., Maripl. 25 und 32 werden nicht nach den Linden, sondern nach der Hannoverischen Straße als Endpunkt geführt, von 25 aber nur die Wagen ab Tagel 11.16, 11.36 und 12.00, ab Charlottenstraße 12.12, 12.32 und 12.54, bei 32 ab Reinickendorf 11.18, 11.33 und 11.48, ab Charlottenstraße 11.58, 12.13 und 12.30.

Arbeiterbildungsschule. Der letzte Vortrag des Kursus des Genossen Dr. P. Lensch findet am Donnerstag, den 1. April, statt und beginnt ausnahmsweise schon um 8 Uhr. Wir bitten die Hörer, pünktlich zu erscheinen.

Der Vortrag schließt den Unterricht im 1. Quartal ab. Eine Hörer-versammlung findet nicht statt, sondern erst nach Abschluß des nächsten Lehrjahres. Die Kuruskarten werden als Eintrittskarten dienen, weshalb wir bitten, sie aufzubewahren. Der Lehrplan des nächsten Quartals kommt nach Ostern zur Veröffentlichung. In der Zwischenzeit ist die Bibliothek an jedem Donnerstag von 8-9 Uhr abends geöffnet.

„Der wahre Jakob“ gelangt des Karfreitags wegen, bereits am Donnerstag in die Hände der Abonnenten. — Die Wiederverkäufer

Können denselben bereits in der Nacht von Mittwoch zu Donnerstag von 1 Uhr morgens ab, in der Expedition des „Vorwärts“, Lindenstraße 3, erhalten.

Das Märkische Museum ist am Karfreitag, am Sonnabend sowie am Ostermontag geschlossen, dagegen am Ostermontag von 10-3 Uhr unentgeltlich zur Besichtigung geöffnet.

Zwischen den Puffern. Die Direktion von Siemens u. Halske erachtet uns mitzuteilen, daß der unter vorstehender Ueberschrift in der Beilage des „Vorwärts“ vom 26. März 1915 mitgeteilte fällige Betriebsunfall sich nicht auf der Ueberschlußbahn der Siemenswerke zugezogen habe.

Beim Umzug tödlich verunglückt ist gestern die 55 Jahre alte Rentiere Frau Henriette Warburg aus der Eisenstraße Str. 35. Die Frau zog nach der Agricolastraße um. Auf dem Wege dorthin wollte sie gestern nachmittags in der Eisenstraße an einem Wagen, der dort hielt, vorüber den Fahrdamm überqueren. Dabei überfiel sie, daß eine Kraftdroschke herangefahren kam. Ohne daß der Fahrer es verhindern konnte, geriet sie unter die Räder. Diese gingen der Unglücklichen über den Kopf hinweg und sie blieb auf der Stelle tot liegen. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Verloren gegangen ist am Montagabend in der Straßenbahn Linie Nr. 1 vom Moritzplatz bis Straußberger Platz eine kleine schwarze Ledermappe mit ca. 60,00 M. Inhalt und wertvollen Papieren. Der Finder wird gebeten, die Mappe gegen Belohnung bei Wenzel (Vorwärts-Spedition), Karlstr. 30, abzugeben. — Am Sonnabendabend gegen 6 1/2 Uhr wurde zwischen Koppenstraße und Schleifischen Bahnhof ein Deutscherpostenwagen mit 84,00 M. Inhalt verloren. Der Finder wird gebeten, es bei Köster, Waldstr. 21 in Adlerhof, abzugeben.

Seine Nachrichten. Eine traurige Aufführung hat das Verschwinden des 57 Jahre alten Schneiders Karl Steg aus der Feilnerstraße 3a gefunden, der seit dem 26. Januar vermißt wurde. Montag wurde er am Göttemüser in der Spree als Leiche wieder gefunden. — Einen unheimlichen Fund machte eine Frau in der Mühlener Straße zu Wilmersdorf, die von einem Dienstmädchen einen Koffer in Verwahrung erhalten hatte. Dieser Koffer, den das Mädchen nicht wieder abholte, verbleibete nach einiger Zeit einen Geruch, der immer unangenehmer und stärker wurde. Als die Frau ihn öffnete, fand sie darin die Leiche eines neugeborenen Kindes. Die Leiche lag in Verwesung übergegangen war. — Ein schwerer Straßenunfall hat sich am Montagabend in der Schönhauser Allee zugezogen. Dort sprang ein Fel. Cui. Sabotta während der Fahrt vom Hinterrad eines Straßenbahnwagens der Linie 54 ab, fiel und erlitt bei dem Sturz auf das Straßenpflaster einen Schädelbruch. Die Verunglückte wurde zunächst nach der Unfallstation gebracht und fand dann im Schönberger Krankenhaus Aufnahme. — In einem Zusammenstoß eines Postwagens mit einem Straßenbahnwagen kam es Montagabend gegen 11 Uhr in der Leipziger Straße an der Ecke der Wilhelmstraße. Infolge des Anpralles stürzte der Kutscher des Postwagens von seinem Sitz und erlitt Verletzungen an der linken Hand und am linken Arm.

Aus den Gemeinden.

Stadtoberatung in Neufölln.

In der Stadtverordnetenversammlung am Montagmorgen stand an erster Stelle die vom Magistrat vorgeschlagene neue Lustbarkeitssteuerordnung. Stadtv. Abraham wandte sich dagegen, da die gegenwärtige Steuer nicht dazu angeht, eine mit der neuen Ordnung verbundene Steuererhöhung durchzuführen. Redner empfahl die Ueberweisung der Vorlage an eine gemischte Kommission zur Vorberatung. Stadtv. Rier erklärte sich mit letzterem Vorschlag einverstanden und betonte, daß der entscheidende Grund für die Vorlage, die infolge eines Oberverwaltungsgerichtsurteils mögliche rechtliche Anfechtbarkeit der alten Steuerordnung sei. Die Vorberatung setzte eine Kommission ein, welcher unter anderen die Genossen Altscher, Bredow, Broger und Thürow angehören.

Darauf folgte die Beratung des

Gesamtvoranschlags für 1915/16.

Nach der Vorberatung im Rechnungsausschuß hatte sich eine Wenigerentnahme von 2.032.700 M. und eine Mehrausgabe von 1.555.000 M., eine Gesamtbesitz also von 3.587.700 M. ergeben. Die Deckung dieser Summe schlägt der Ausschuß wie folgt vor: Einstellung der Zinsen aus Sammelfonds in das Ordinarium 120.000 M., Unterlassung der Abführungen zu den Sammelfonds 236.000 M., Aufhebung der Schuldentilgung für Anleihen aus der städtischen Sparkasse 200.000 M., Entnahme von 60.000 M. aus dem Ueberfluß der städtischen Sparkasse und von 408.000 M. aus dem Fonds zur verfallenen Tilgung von Anleihen, Erhöhung des Zuschlages zur Einkommensteuer auf 125 Prozent = 535.000 M. Der noch verbleibende Rest von 200.000 M. soll durch Aufnahme einer Anleihe gedeckt werden. — Kamens der sozialdemokratischen Fraktion erklärte Stadtv. Dr. Silberstein die Zustimmung zu den Beschlüssen des Rechnungsausschusses, da gegenwärtig eine andere Stellungnahme zu dem vorliegenden Etat unmöglich sei, der schließlich als das Ergebnis der Finanzpolitik der bürgerlichen Mehrheit in den Vorjahren zu betrachten sei. Die vom Magistrat beklagte Erhöhung des Gas- und Elektrizitätspreises müsse schon um deswillen abgelehnt werden, weil eine Verteuerung der Beleuchtung in der Kriegszeit als besonders unzulässig anzusehen sei. Ferner würden aber weder die daraus zu ziehenden Summen ebensowenig das große Loch des Etats ausfüllen können, wie eine einmalige Erhöhung des Steuerzuschlages auf 140 Proz. Die Heranziehung des letzten Restes aus dem Reservefonds, wie es der Magistrat vorgeschlagen hat, könnte mit Rücksicht auf die sicher nicht günstigeren späteren Jahre auch nicht in Betracht kommen, so daß nur die Deckung des Defizits aus einer aufzunehmenden Anleihe übrig bleibe. Diesem betrübenden Resultat gegenüber könne man nur dringend wünschen, daß ein baldiger Frieden zustande kommt. — Stadtv. Abraham in befristeter Weise ebenfalls die Annahme des Etats en bloc; nur glaube er die Kritik des Vorredners an der bisherigen bürgerlichen Finanzpolitik als irrig bezeichnen zu müssen. Wenn wirtschaftliche Unternehmungen, wie zum Beispiel der neue Hafen, jetzt die Erwartungen nicht erfüllen, so liege das an den Kriegsverhältnissen. Dem vom Magistrat abgestatteten Dank an die ehemaligen Helfer in der Kriegswirtschaftsperiode sagte Redner den Dank der Verwaltung an den Magistrat und die Bevölkerung für treue Pflichterfüllung in dieser schweren Zeit an. — Im gleichen Mahnen bewegten sich die Ausführungen des Stadtv. C. M. L. L. — Bürgermeister Dr. Weithrich bedauerte, daß im Abrechnungsausschuß nicht volle Einmütigkeit mit dem Magistrat zu erzielen war und empfahl nochmals die Erhöhung der Einnahmepositionen im Sinne der Vorschläge desselben. — Die Versammlung schloß sich jedoch den Beschlüssen ihres Ausschusses an und nahm den Etat nach dessen Vorschlag en bloc einstimmig an.

140 Proz. Steuerzuschlag in Schöneberg.

In der Stadtverordnetenversammlung am Montag wurde bei der Beratung des Steueretats von dem Referenten des Ausschusses auf die zu erwartenden erheblichen Steuererhöhungen aufmerksam gemacht. Die Einkommensteuer sei mit 80.000 M. weniger veranschlagt worden. Die Absicht, durch Abstriche an den Ausgaben den Steuer-

zuschlag auf 135 Proz. festzusetzen, könne nicht aufrechterhalten werden, da eine abgesetzte Tilgungsrate von 150.000 M. nachträglich wieder in den Etat eingeleitet werden mußte. Mit der Uebersetzung auf 140 Proz. Gemeindecinkommensteuer wurde der Steueretat angenommen.

Darauf gelangte die Vorlage über eine Vereinbarung mit den Gewerkschaften zur Beratung, die in einer der letzten Sitzungen an den Ausschuß zurückverwiesen worden war. Auf eine Anfrage an den Protokollführer, ob dieser mit der Uebertragung der Prüfung der Arbeitslosigkeit und Bedürftigkeit an die Gewerkschaften einverstanden wäre, ist eine zustimmende Antwort eingegangen.

Die Versammlung erklärte sich nur mit der Vorlage einverstanden und beschloß, daß in den Fällen wo die Prüfung der Bedürftigkeit nicht durch die Gewerkschaften erfolgt, die Stadt selbst diese Prüfung vorzunehmen habe.

Dann gelangte die Vorlage über die Erweiterung des Mietseinsigungsamtes, die wir in der Sonntagsnummer abdruckten, zur Beratung. Vom Stadtv. J. J. J. wurde verlangt, auch den Mietern mit über 1200 Jahresmiete zu helfen. Genosse Eichelhardt betonte, daß mit den geringen Zuschüssen bei so teuren Wohnungen weder dem Vermieter noch dem Hauswirt geholfen werden könnte. Das Besondere an der Vorlage sei der Erziehungszwang für die streitenden Parteien, dem sich auch die Hypothekengläubiger fügen müßten. Stadtv. Rabenow erklärte die Vorteile, die Mietern und Vermietern bei Annahme der Vorlage entstehen. Vom Genossen Rüter wurden ebenfalls die Vorteile der Vorlage herbeigeholt. Nur einige wenige Gemeinden seien mit ihren Vorstellungen weitergegangen, die meisten Kommunen seien hinter Schöneberg zurückgeblieben. Das Einigungsamt sei eine Einrichtung, die noch verbessert werden könne, wesentlich sei aber, daß andere Zustände an den Verhältnissen des Amtes nichts ändern könnten. Die Vorkläufe bis 600 M. höchstens 50 Proz., bis 900 M. höchstens 40 und bis 1200 M. Jahresmiete höchstens bis 30 Proz. zu gewähren wurden mit der übrigen Vorlage angenommen.

Ferner wurde beschlossen, für bebaute Grundstücke 3. für unbebaute 6 pro Mille vom gemeinen Wert als Grund- und Gebäudesteuer zu erheben. Für die unbebauten Grundstücke am Stadtwall sind geringere Abweichungen zugelassen. An Gewerbesteuer sollen in der I. Klasse 165 Proz., in der II. und III. Klasse 150 und in der IV. Klasse 100 Proz. der faktisch veranlagten Gewerbesteuer erhoben werden. Für die Betriebssteuer wurden 50 Proz. Gemeindecinkommensteuer festgelegt. Einkommen unter 800 M. werden nicht zur Einkommensteuer herangezogen. Hierauf wurde der Etat einstimmig angenommen.

140 Proz. Zuschlag in Friedrichsfelde.

Die Erledigung des Haushaltsplanes für das kommende Geschäftsjahr ging verhältnismäßig ruhig von statten. Der Gesamtertrag fällt mit einem Betrage von 4,4 Millionen ab. Davon entfallen auf den Hauptvoranschlag der ordentlichen Verwaltung 1.957.000 M. Hierin sind wiederum 990.000 M. enthalten, die durch Steuern aufzubringen sind. An Gemeindecinkommensteuern sollen 140 Proz. Zuschlag, gegen bisher 120 Proz. erhoben werden. Trotz dieser Erhöhung werden nur 8000 M. Mehreinnahme gegen das Vorjahr, nämlich 392.000 M. erwartet. Die sonstigen Steuerarten werden zum größten Teil eine Mindereinnahme ergeben. Unter der Einwirkung des Arztes hat erklärlicherweise auch die Entwicklung des Gaswerks getitten. Aus diesem werden nur 70.000 als Nettogewinn gegen 75.000 M. des Vorjahres erwartet.

Die Kritik unserer Vertreter richtete sich in der Hauptsache gegen folgende Punkte: Die Lohnsumme für die Gemeindearbeiter ist gegen das Vorjahr aus Sparmaßregeln um 81.000 M. auf 74.400 M. herabgemindert worden. Es sollen weniger Leute beschäftigt und den verbleibenden ein Leistungszuschlag von 10 Proz. gewährt werden. Diese Aufbesserung wurde als völlig ungenügend und das Spartensystem als deplaciert kritisiert. — Auch gegen die Verminderung des Zuschlages für die Grundverwaltung wendeten sich unsere Redner. Es sind nur 50.000 anstatt 61.000 M. vorgesehen. Begründet wurde dies damit, daß die Ausgaben für Kriegsvorfälle eine Entlastung des Armenrats mit sich brächten; ferner damit, daß die Volksgesundheitspflege bisher nur ganz bescheidene Beträge beansprucht habe. Auch die Art der Lebensmittelbeschaffung bot unseren Genossen noch Anlaß zu Beanstandungen. Die Kartons mit den Preisen von 3,00 M. sind ganz minderwertig und teilweise nicht einmal als Futterkartons zu verwenden. Von den bereits eingeladenen Schweinen sind die Köpfe und Felle an einen Fleischermeister abgegeben worden, der diese mit einem ganz erheblichen Aufschlag verankt. Unsere Genossen verlangten, daß auch solche Teile der ärmeren Bevölkerung zu einem billigen Preis überlassen werden.

Von den Hausbesitzern wurde ein Vorstoß gegen den Kriegsausfluß bezw. die Kriegervorläufer unternommen. Bekanntlich hat der Ausschuß einen Mietbeitrag in Höhe von 75 Proz. festgelegt und die Bedingung daran geknüpft, daß der Vermieter, sich verpflichten muß, auf den Rest der Miete zu verzichten. Die Hauswirte wollen nun ihren Anspruch auf den Rest jedoch keineswegs preisgeben. Trotzdem sich unsere Vertreter mit aller Energie gegen diese Absicht wandten und selbst der Bürgermeister eindringlich warnte, drangen die Grundbesitzer mit ihren Absichten durch.

Schmargendorf bleibt bei 100 Proz.

Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer Sitzung am Montag auch im neuen Etatsjahr, wie bisher 100 Proz. Gemeindecinkommensteuerzuschlag zu erheben.

Die Trebbiner Stadtverordneten beschloßen in ihrer letzten Sitzung dem Magistrat einen Mietzuschlag von 150 M. zu gewähren. In den Grundversteigerungsausschuss von a. a. auch die Genossen Richter und Sadowski gewählt. Eine lebhafteste Debatte entwickelte sich um die Aufnahme einer Anleihe von 20.000 M., die notwendig wird, da die Stadt in nächster Zeit ein Ersatzbataillon des 20. Infanterieregiments aufnehmen soll. Die Anleihe wurde mit acht gegen drei Stimmen genehmigt. Als Beihilfe für die Anschaffung von Anhängern für Krankenautos wurde 25 M. verlangt. Von einem Mitgliede der Stadtgemeinde, das nicht genannt wurde, war dagegen Einspruch erhoben. Als Demonstration gegen diesen Einspruch wurden einstimmig 50 M. beigesteuert. Die letzte Lotzauktion brachte einen Erlös von 1919,30 M.

Gerichtszeitung.

Bergisteter Kaffee.

Ein außerhalb der Willenszurechnung der Täterin liegender Akt lag der Auflage zugrunde, die das Dienstmädchen Anna Gubisch wegen vorsätzlicher Körperverletzung vor die Strafkammer des Landgerichts III führte.

Das damals 16jährige Mädchen, welches bis dahin bei ihren auf dem Lande lebenden Eltern wohnte, war am 1. November 1913 als Dienstmädchen von dem Jungencouche Wesen in Saleen-Fee angenommen worden. Am 4. Dezember 1913 brachte sie der Frau A. den Kaffee in ihr Zimmer; kaum hatte aber diese den ersten Schluck in den Mund genommen, als sie ein furchtbares Brennen im Munde verspürte und schleunigst den Kaffee wieder ausspucken mußte. Frau A., die heftige Schmerzen im Munde hatte, ließ sofort das Mädchen herein, fragte sie, was mit dem Kaffee geschehen sei und befahl ihr, selbst davon zu trinken. Als

das Mädchen dies ablehnte, nahm die Frau die kleine Kaffeekanne und suchte eine Nachbarin auf, die beim Kochen des Kaffees gleichfalls einen heftigen Geschmack wahrnahm und ein heftiges Brennen am Gaumen und die Entwicklung kleiner Bläschen an der Zunge feststellte. Auf den Rat der Nachbarin eilte Frau A. wieder in ihre Wohnung zurück, um in der Küche den dort auf dem Herde stehenden großen Kaffeetopf mit Beslag zu belegen; sie kam jedoch zu spät, denn das Mädchen hatte inzwischen den ganzen Kaffee ausgegossen. Später hat der nach Hause zurückgekehrte Herr A., die Angeklagte und Wesel genommen und auf dessen Vorhalt hat sie zugegeben, aus einer im Küchenspinde stehenden Flasche mit Kalklauge etwas in den Kaffee gegossen zu haben. Aus welcher Ursache sie diese schwere Straftat begangen, war aus ihr nicht herauszubekommen; ein Grund zu irgendwelcher Mache an ihrer Dienstherrin lag nicht vor, die Angeklagte erklärte nur: sie wisse selbst nicht, warum sie es getan, sie habe solche Gewalte nur dreimal im Jahre und habe auch ihre Mutter und Großmutter schon einmal vergiften wollen. Da ein Motiv zur Tat gar nicht zu erkennen war, wurde das Mädchen nach Rudolstadt und dort 6 Wochen auf ihren Weisheitszustand beobachtet.

Im geistigen Termin riefte sie mit der ganz abenteuerlichen Behauptung hervor, daß wahrscheinlich Frau A. die Kalklauge selbst in den Kaffee getan habe, um sie angusshören und aus dem Dienst entlassen zu können. Diese Behauptung fiel völlig in sich zusammen. Der Sachverständige Dr. Adam, Amtsarzt in Rudolstadt, begründete gestern im Termin seine Ansicht dahin, daß man es bei der Angeklagten mit einer degenerativ-psychoopathischen Persönlichkeit zu tun habe, die unter dem Einfluß gewisser Erleidungen der Weisheitsjahre gestanden, so daß begründete Zweifel sich ergeben, ob die Angeklagte zur Zeit der Vorgehung der Tat vernunftfähig gewesen sei. Der Sachverständige hielt den § 51 des Strafgesetzbuchs für anwendbar, verneinte aber die Frage, ob die Angeklagte dauernd in einer Irrenanstalt unterzubringen sei. — Der Staatsanwalt konnte sich diesem Gutachten nicht anschließen, sondern beantragte ein Jahr Gefängnis, indem er darauf hinwies, welche Gefahren für spätere Dienstherrschaften daraus entstehen, wenn eine solche Person unbefristet davontänne und durch die Jubilierung des § 51 gewissermaßen einen Freibrief für fernere Straftaten erziele. Der Gerichtshof trug jedoch mit Recht mit dem Verteidiger Rechtsanwalt J. J. J. Wesenken, das Gutachten, das auch mit einem Gutachten des Kreisarztes Dr. J. J. J. übereinstimme, unbeachtet zu lassen und sprach das Mädchen von Grund des § 51 frei.

Parteiveranstaltungen.

Neufölln. Die Versammlung der Jugendaktion findet heute abend bei Käthe, Teichstr. 8, statt. Auf der Tagesordnung steht der letzte Vortrag des Genossen Reimer über „Die wirtschaftlichen Grundlagen der Arbeiterbewegung“.

Karlshorst. Heute Mittwoch, den 31. März, abends pünktlich 9 Uhr, Mitgliederversammlung im „Rathenbad“, Ende Alsterstraße.

Schöneberg. Donnerstag, den 1. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Waldenhaus“ (rotter Zimmer): Zweiter Vortragabend. Thema: „Deutschlands auswärtige Politik“. Referent Genosse Emil Eichhorn.

Jugendveranstaltungen.

Charlottenburg. Die Arbeiter-Jugendheim gibt folgende Veranstaltungen in dieser Woche bekannt: Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung der Jugendaktion.

Dienstag, abends 8 Uhr: Aufführung neu erstudierter Jugendstücke unter Mitwirkung der verlässlichen Mitglieder-Orchestra. Die Jugendlichen und deren Angehörigen sind freundlich zur Teilnahme an dieser Parteiveranstaltung eingeladen.

Freitag (Karfreitag): Sektionspartei. (Näheres im Jugendheim.)

Sonntag (erster Osterfeiertag): Sektionspartei. (Näheres im Jugendheim.)

Montag (zweiter Osterfeiertag): Sektionspartei nach Westend, Abmarsch: 2 Uhr nachmittags vom Wilhelmplatz.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen ist auch die Nummer 14 des 25. Jahrganges eingegangen. Wie dem Inhalt dieser Nummer haben wir hervorzuheben: Frauen voran! — Der sozialdemokratische Frauenrat in der Schweiz. I. Band + 4. II. Band M. H. — Der allindische Frauenrat in Ostindien. — Kolonialpolitik: Burgfrieden. — Sozialistische Frauenbewegung in Russland. — Für den Frieden. — Für unsere Mütter und Hausfrauen: Die Gefahr der Rot. — Von Ostpreußen. — Der Hunger. — Von Dr. Aler. W. (Schluß). — Die Volkshilfe im Kriege. — Von M. K. — Spruch „Von Göttern“. — Rezension: Aus dem Drama „Der Tod des Empedokles“. Von Friedrich Hölderlin. — Für unsere Kinder: Frühlingsdämmerung. Von Eichenberg. (Schluß). — Was über Menschenaffen. — Der Wind. Märdin von Karl Gumbel. — Von Müllern. — Von Goltz. Keller. (Schluß). — Die die Alten tun. — Von Altscher. — Der Landwirt. Von Fritz. — Leben. — Von Alfred Huggenberger. (Schluß).

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 50 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,00 Mark.

Vom Wahren Jacob ist auch die 7. Nummer des 52. Jahrganges erschienen und bringt ein gutes Porträt des verstorbenen englischen Malers und Sozialisten Walter Crane.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Beiratsstelle findet für Abonnenten Einbezug. 2. IV. Hof 2013, Postfach, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr halt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Tag und eine Zeit als Briefkasten beizubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementskarte beiliegt, werden nicht beantwortet. Gütige Besagen frage man in der Beiratsstelle vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Beiratsstelle mit.

M. 2. 3. Wenn die anderen drei Mitglieder damit nicht einverstanden sind, wird der vierte nicht eigenmächtig handeln können. — W. L. 2. Phantast. Sie dürfen die Sachen nicht ohne weiteres verkaufen. Zunächst müssen Sie den Schuldner ausfinden, innerhalb einer bestimmten Zeit die Schuld zu zahlen, dann erst können Sie ihn den Verkauf der Sachen ausbieten. — R. 2. 2. Schlichte Fälsche, aber diensttauglich. Von der zweiten Beiratsstelle kann nur die Nummer richtig sein, sie bedeutet: bezugnehmend. — R. 2. 30. Geschäftliche oder Anwesenheitskarte geringen Grades, landwirtschaftlich, also diensttauglich. Sie bekommen nur für sich und den einen Sohn insgesamt 30 M. monatliche Unterstützung. Der Verdienst des Soldaten und ihr sehr geringes Einkommen dürfen bei der Unterstützung nicht in Anrechnung gebracht werden. — R. 2. 32. Ihre Frage ist wegen ihrer Unverständlichkeit nicht genau zu beantworten. Wenn derselbe Mieter die Wohnung weiter bewohnt, dürfte der alle Kontakt seine Willigkeit haben. — M. 2. 26. Wegen die Fälschung wegen der richtigeren Steuer wird sich nicht machen lassen. Sie hätten Stellung beantragen sollen. Wenn Sie Steuern zu zahlen hätten, können Sie nach den in Ihrem Schreiben gemachten unvollständigen Angaben nicht sagen. — Pantofel 20. Sie sind zum Landwirt angelegt. — W. 2. 1719. Für die Jahre 1914 und 1915. — W. 2. 100. Wir würden in diesem Falle doch empfinden, unter Einwirkung eines ärztlichen Arztes einige weitere Angaben über Ihre Krankheit zu machen und um Befreiung vom Militärdienst zu bitten. Ein solches Gesuch wäre an das Bezirkskommando zu richten. — Z. 12. Rein. Es ist extra im Gesetz bestimmt, daß die Bedürftigkeit geprüft werden soll. Die würde also in dem von Ihnen angeführten Fall verneint werden. Beschwerde wäre event. beim Magistrat einzulegen. — W. 2. 3a.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstagmorgen: Etwas wärmer, im Südosten noch vorwiegend heiter und trocken, in den anderen Gegenden veränderliche Bewölkung; im Südwesten und längs der Küste an den meisten Orten geringe Niederschläge.



Osterwein Santa Lucia

